

Nicht jedeR will nach Europa

*Motivationen für Flucht und Migration aus der
Demokratischen Republik Kongo und Ghana.*



Impressum

Bonn, Oktober 2017

Herausgeber:

SÜDWIND e.V. –

Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Tel.: +49 (0)228-763698-0

info@suedwind-institut.de

www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:

KD-Bank

IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77

BIC: GENODED1DKD

Autor:

Friedel Hütz-Adams

Redaktion und Korrektur:

Laura Hake, Malte Ladewig,

Vera Schumacher

Vi.S.d.P.: Martina Schaub

Gestaltung und Satz:

www.pinger-edn.de

Druck und Verarbeitung:

Brandt GmbH, Bonn,

gedruckt auf Recycling-Papier

Titelfoto:

UN Photo/Silvie Lietchi/Flickr.com

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen
Entwicklungsdienstes durch Brot für die
Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst,
durch den Evangelischen Kirchenverband
Köln und Region sowie die Evangelische
Kirche im Rheinland.

Inhalt

1	Einleitung	3
2	Demokratische Republik Kongo	4
2.1	Sklavenhandel und Kolonialzeit	4
2.2	Die Ära Mobutu: 1960-1997	6
2.3	Kriege und Invasionen	8
2.4	Flucht innerhalb der Demokratischen Republik Kongo	11
3	Ghana	15
3.1	Kolonialzeit	15
3.2	Kakaoanbau als treibender Faktor	17
3.3	Armutsgefälle	18
3.4	Kinder suchen Arbeit	21
3.5	MigrantInnen meiden zunehmend Kakao	22
4	Ausblick	24
5	Literatur	25

Gefördert durch:



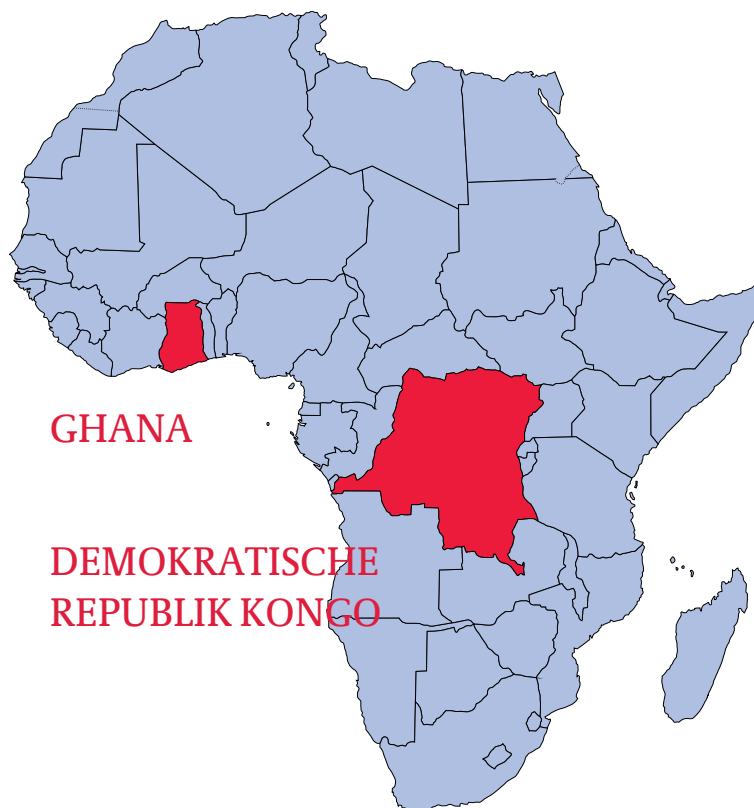
1 Einleitung

In Diskussionen um Flucht und Migration steht häufig die Frage im Mittelpunkt, wie viele Menschen sich grenzüberschreitend bewegen und insbesondere, wie viele von diesen Menschen nach Europa kommen oder kommen wollen. SÜDWIND hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass weder die ganze Welt migriert, noch dass alle Menschen, die migrieren, nach Europa oder Deutschland wollen. Der größte Teil der Migrationsbewegung findet auf regionaler Ebene und häufig innerhalb bestehender Grenzen statt. Die vorliegende Untersuchung zur Flucht und Migration konzentriert sich daher auf die Gruppe von Menschen, die innerhalb von Landesgrenzen migrieren.

Menschen sind schon immer gewandert, auf der Suche nach Nahrung und besseren klimatischen Verhältnissen, aufgrund kriegerischer Bedrohung oder auch auf der Suche nach neuen Perspektiven. In Deutschland sind diese Wanderungen durch Ausgrabungen sowie seit der Römerzeit durch schriftliche Überlieferungen dokumentiert. Einschneidende historische Ereignisse sind mit Wanderungsbewegungen verbunden, darunter die Eroberung großer Gebiete entlang des Rheins durch die Römer, deren Reich später durch die „Völkerwanderung“ germanischer Stämme zerschlagen wurde, die Einwanderung slawischer Völker in die Gebiete östlich der Elbe einige Jahrhunderte später, die Auswanderung von Millionen Deutschen nach Übersee und schließlich bis heute andauernde Migrationsbewegungen. Hinzu kamen umfassende Binnenbewegungen innerhalb der Grenzen dessen, was heute die Bundesrepublik Deutschland darstellt. In vielen anderen Ländern verlief die Geschichte sehr ähnlich, doch bei näherer Betrachtung lassen sich zugleich große Unterschiede bei der Motivation von Migration festmachen, selbst wenn diese innerhalb von Grenzen stattfindet.

In der vorliegenden Untersuchung geht es um Migrations- und Wanderungsbewegungen in zwei sehr unterschiedlichen Staaten, der Demokratischen Republik Kongo und Ghana. Zwar sind beide Staaten im Tropengürtel Afrikas, doch könnten sie gleichzeitig in vielen Bereichen kaum gegensätzlicher sein. Das Ergebnis dieser Unterschiede zeigt sich unter anderem in den Wanderungsbewegungen innerhalb der Länder. Während diese in der Demokratischen Republik Kongo häufig konfliktbedingt sind, bewegen sich Menschen in Ghana meist motiviert von wirtschaftlichen Aspekten.

Viele der Wanderungsbewegungen sowie der andauernden Konflikte haben ihre Ursache in politischen und ökonomischen Strukturen, die auch heute noch



sehr stark von den Auswirkungen der Kolonialzeit beeinflusst werden. Daher wird in der vorliegenden Studie bei beiden Ländern auf die Entwicklung der Wanderungsbewegungen Bezug genommen und es wird untersucht, wo Kontinuitäten zu sehen sind und wo Unterschiede. Anschließend wird bei beiden Ländern auf aktuelle Entwicklungen eingegangen. In der Demokratischen Republik Kongo konzentriert sich die Darstellung auf die Fluchtbewegungen, die im Zusammenhang mit kriegerischen Auseinandersetzungen stehen. In Ghana dagegen wird mit dem Kakaoanbau ein Sektor in den Mittelpunkt gestellt, der unmittelbar mit Wirtschaftsbeziehungen nach Europa zusammenhängt. Zugleich war es eben dieser Kakaoanbau, der im Land zu umfassenden Migrationsbewegungen führte. Für beide Länder kann die vorliegende Studie nur einen Ausschnitt aus den Wanderungsbewegungen darstellen, so kann insbesondere auf die Migration über Landesgrenzen hinweg nur am Rande eingegangen werden. Doch eben diese konzentrierte Darstellung auf einzelne Aspekte von Migrationsbewegungen innerhalb von Staaten ist das Ziel der vorliegenden Studie.

Länderdaten im Vergleich	Ghana	DRK	Deutschland
Fläche	238.537 km ²	2.344.858 km ²	357.111 km ²
Einwohnerzahl	27,4 Mio.	77,3 Mio.	80,7 Mio.
Einwohnerzahl 2030 (geschätzt)	36,9 Mio.	120,3 Mio.	79,3 Mio.
Bevölkerung jünger als 14 Jahre in %	38,8	46	12,9
Einwohner pro km ²	108,6	34	230
Größte Stadt (Einwohner)	Accra (2,3 Mio.)	Kinshasa (11,5 Mio.)	Berlin (3,4 Mio.)
Lebenserwartung	61,5 Jahre	59,1 Jahre	81,1 Jahre
Kindersterblichkeit bis 5. Lebensjahr	61,6 pro 1.000	98,3 pro 1000	3,7 pro 1.000
Bruttoinlandsprodukt (2015)	42,7 Mrd. US-Dollar	36,2 Mrd. US-Dollar	3.364 Mrd. US-Dollar
Bruttoinlandsprodukt (2015) in PPP*	108,4 Mrd US-Dollar	56,9 Mrd US-Dollar	3.587 Mrd. US-Dollar
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (2015) in PPP*	3.839 US-Dollar	680 US-Dollar	45.000 US-Dollar
Wirtschaftswachstum 2015 in %	9	4	1,7
HDI* 2015 (Rang von 188 Staaten)	0,579 (139)	0,435 (176)	0,926 (4)

*PPP: Berechnet in Kaufkraftparitäten
 *HDI: Index der Menschlichen Entwicklung, der neben Einkommen auch Lebenserwartung und Bildung berücksichtigt.

Quellen: World Bank; UNDP 2016; Wikipedia

2 Demokratische Republik Kongo

In den vergangenen Jahrhunderten hatten wirtschaftliche Interessen europäischer Nationen und die Kolonialära einen großen Einfluss darauf, welche Art von Migration auf dem Gebiet des heutigen Staatsterritoriums der Demokratischen Republik Kongo (DRK)¹ stattfand. Die DRK ist daher einer der Staaten, der aufgrund seiner besonderen Geschichte bis heute stark mit dem koloni-

alen Vermächtnis zu kämpfen hat. Das wiederum ist eine der treibenden Kräfte für andauernde politische Konflikte, die die DRK erschüttern und unter denen Millionen von Menschen heute noch leiden. Eine Analyse der Flüchtlingsströme in dem konfliktgeplagten afrikanischen Land ist daher ohne ein grundlegenden Verständnis für seine Historie nicht möglich.

► 2.1 Sklavenhandel und Kolonialzeit²

Über die Zeit vor der Ankunft der ersten EuropäerInnen an der Küste Zentralafrikas liegen nur wenige Informationen über Wanderungsbewegungen vor. Bekannt ist, dass es bereits zuvor umfassende Migrationsbewegungen gab, da Menschen in fruchtbare Gebiete einwanderten und Herrscher ihre Gebiete erweitern wollten.

Als im Jahr 1482 die ersten PortugiesInnen die Mündung des Kongoflusses erreichten, umfasste das dortige Königreich Teile des heutigen Nordens von Angola, des Westens der heutige Demokratischen Republik Kongo und Gebiete des heutigen Staates Kongo-Braz-

zaville. Der zentral regierte und verwaltete Staat hatte eine einheitliche Währung, erhob Steuern und war wirtschaftlich weit entwickelt inklusive eines Metallssektors, der Eisen und Kupfer verarbeitete (Ki-Zerbo 1993: 190; Hochschild 2002: 18-19).

1 Die Demokratische Republik Kongo hieß von 1972 bis 1997 Zaire. Die vorliegende Studie verwendet dennoch immer die Bezeichnung Demokratische Republik Kongo (DRK) oder manchmal auch nur den Begriff Kongo.

2 Die folgenden Ausführungen zur Geschichte des Landes sind eine gekürzte und aktualisierte Fassung von Hütz-Adams 2003: 6-19.

Der von 1502 bis 1543 regierende König, Mani-Kongo genannt, ließ sich taufen und regierte fortan als Alfonso I. Neben MissionarInnen kamen HandwerkerInnen aus Portugal, erste Kirchen und Schulen wurden gebaut, Tausende UntertanInnen ließen sich ebenfalls taufen, die kongolesische Oberschicht schickte ihre Kinder zur Ausbildung nach Portugal. Doch die PortugiesInnen verlangten als Gegenleistung für ihre technische Unterstützung und die Lieferung von Waffen unter anderem SklavInnen (Bertaux 1993: 134-136).

Da der Bedarf an Arbeitskräften in den portugiesischen und spanischen Kolonien Amerikas immer weiter stieg, stieg auch die Zahl vom Sklavenhandel betroffener Menschen. Den PortugiesInnen gelang es, über eine geschickte Politik, Waffenlieferungen für fortwährende Aufstände in der Region oder kriegerische Auseinandersetzungen mit Nachbarreichen für einen stetigen Nachschub an SklavInnen zu sorgen: Die Kriegsparteien tauschten in der Regel SklavInnen gegen Waffen (Bertaux 1993: 137).

Schätzungen zufolge wurden im Laufe von rund 350 Jahren allein aus Westafrika zwischen 12 Mio. und 20 Mio. Menschen verschleppt. Unter ihnen waren mehrere Millionen aus dem Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo. Doch weitaus mehr Menschen starben bei den Kämpfen, die angezettelt wurden, um SklavInnen in ihre Gewalt zu bringen (Inikori 2001: 558).

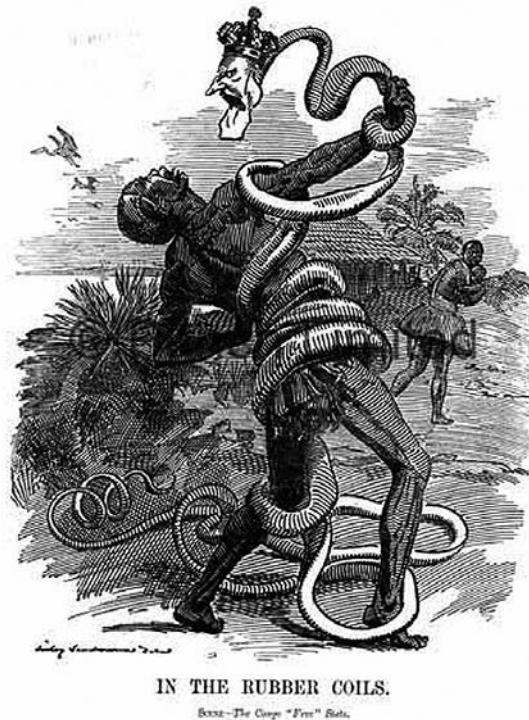
Privatreich des belgischen Königs

Mit dem schrittweisen Verbot des SklavInnenhandels Anfang des 19. Jahrhunderts (zumindest in den Kolonien der europäischen Staaten) sank das Interesse der EuropäerInnen am weitgehend schwer zugänglichen und größtenteils von dichten Wäldern bedeckten Kongogebiet. Im Inneren des Gebietes hatten einige Fürstentümer und Königreiche den SklavInnenhandel überdauert oder waren durch die Unterstützung der Menschenhändler erst entstanden, doch die zuvor bestehenden großflächigen staatlichen Strukturen waren zerstört (Ki-Zerbo 1993: 344-361).

Im Jahr 1885 versammelten sich in Berlin („Berliner Konferenz“) an Kolonialgebieten interessierte europäische Mächte und teilten die noch nicht unterworfenen Gebiete der Erde unter sich auf. Der belgische König Leopold II., der vehement Zugang zu Kolonien verlangt hatte, erhielt als persönliches Eigentum ein riesiges Gebiet in Zentralafrika. Dies hatte nur eine sehr schmale Verbindung zum Meer, da die nördlich des Kongoflusses herrschenden Franzosen kein Land abgeben wollten, und die im Süden herrschenden Portugiesen ebenfalls nicht auf Gebiete verzichteten. So kommt die seltsame Form des Gebietes zustande, aus dem später

die Demokratische Republik Kongo wurde, ein Land, dass fast achzigmal größer ist als Belgien.

Leopold beutete das Land brutal aus und verlegte sich auf den Handel von Rohstoffen: Elfenbein, Kautschuk und Palmöl. Berichte über das grausame Vorgehen der dafür eingesetzten Truppen, darunter viele KindersoldatInnen und SöldnerInnen, sorgten für Empörung. Zwar war nicht der eigentliche Kolonialismus umstritten, aber die massenhafte Ermordung und Verstümmelung von Menschen, die nicht genügend Abgaben lieferten, ging vielen Zeitgenossen zu weit (Ki-Zerbo 1993: 504; Wrong 2002: 53).



Zeichnung Edward Linley Sambourne zu König Leopold II. und dessen Kautschuk-Ausbeutungspolitik, Foto: Mike Licht/Flickr.com

Eine Untersuchungskommission wurde eingerichtet, um den Wahrheitsgehalt der Berichte über Gräueltaten zu überprüfen. Die Kommissionsmitglieder schätzten, dass in den 23 Jahren der alleinigen Regentschaft Leopolds II. (1885-1908) über den Kongo rund 3 Mio. Menschen starben. Neuere Studien kommen zu dem Ergebnis, dass bis zu 10 Mio. Menschen direkt oder indirekt an den Folgen von Leopolds Herrschaft starben und sich die Bevölkerung halbierte. Ein Teil von ihnen starb durch Mord, andere durch Verhungern und Erschöpfung. Viele starben an Krankheiten, die sie sich zuzogen, da sie vor den Übergriffen von Leopolds Truppen in den Regenwald geflüchtet waren. Zudem sank die Geburtenrate deutlich (Hochschild 2002: 347-361). Die Schreckensherrschaft führte zu einer internationalen Kampagne, die sich gegen den König und die mit

ihm verbundenen Unternehmen richtete (Böhm 2011: 9). In Folge dessen musste Leopold sein „Privatreich“ im Jahr 1908 an den Staat Belgien übertragen. In den folgenden Jahren gingen die Berichte über Gräueltaten deutlich zurück. Ziel der Kolonialverwaltung blieb allerdings die Erzielung möglichst hoher Profite. Durch die Einführung einer hohen Kopfsteuer wurden die Menschen gezwungen, entweder wildwachsende Pro-



Verheerende Arbeitsbedingungen in vielen Minen Katangas, damals wie heute, Foto: Fairphone/Flickr.com

dukte (Kautschuk, Palmöl) zu sammeln oder sich auf den neu aufgebauten Plantagen als Arbeitskräfte zu verdingen.

Zudem mussten die Stammesführer festgelegte Quoten von ArbeiterInnen bei den Eigentümern der entstehenden Minen melden, was zu erheblichen Migrationsbewegungen führte. Im Grunde handelte es sich um Zwangsarbeit: „Wenn ein Arbeiter floh, konnte ein Mitglied seiner Familie inhaftiert werden – kaum anders als beim alten Geiselsystem.“ Die Arbeitsbedingungen in den Minen waren verheerend: „In den Kupferminen und Hüttenwerken von Katanga starben zwischen 1911 und 1918 etwa 5.000 Arbeiter“ (Hochschild 2002: 427).

Während sich rund 100.000 BelgierInnen im Kongo niederließen (Johnson 2008: 31), wurde Migration in die andere Richtung weitgehend unterbunden. Dies galt selbst für den Zugang zum Bildungswesen der Kolonialmacht. Darüber hinaus verhinderten die BelgierInnen den Aufbau eines weiterführenden Schulsystems in ihrer Kolonie. Zum Ende der Kolonialzeit 1960 gab es weniger „als 30 Afrikaner mit Hochschulabschluss. Weder kongolesische Offiziere noch Ingenieure, Agronomen oder Ärzte standen bereit (...) So waren von etwa 5.000 leitenden Angestellten im öffentlichen Dienst nur ganze 3 Afrikaner“ (Hochschild 2002: 460).

► 2.2 Die Ära Mobutu: 1960-1997

Unruhen und internationaler Druck führten im Jahr 1960 dazu, dass Belgien den Kongo in die Unabhängigkeit entließ. In den Grenzen des neuen Staates leben rund 350 Volksgruppen, die vier Hauptsprachen und eine Vielzahl von Sprachen und Dialekten sprechen (Körner 1993: 505).

Nach allgemeinen Parlamentswahlen wurde Joseph Kasavubu erster Staatspräsident und Patrice Lumumba Chef der „Regierung der Nationalen Einheit“. Regierungschef Lumumba wollte die Macht über das Militär und über die großen Unternehmen, die immer noch von den Belgiern kontrolliert wurden, in kongolesische Hände überführen. Die rohstoffreichen Provinzen Katanga (auch Shaba genannt) und Kasai bildeten mit belgischer Unterstützung Truppen aus und forderten einen eigenen Staat. Es begann ein Bürgerkrieg, in den belgische Truppen auf Seiten der Rebellen eingriffen. Die Folgen waren für das ganze Land verheerend. Lumumba benötigte dringend Unterstützung bei seinem Bestreben, ein Auseinanderbrechen des Kongos zu verhindern. Er wandte sich unter anderem an die Sowjetunion, von der er AusbilderInnen und militärisches Material erhielt. Damit wurde Lumumba zum

Spielball im Kalten Krieg. Die USA wollten den Zugriff auf die kongolesischen Rohstoffe genauso wenig verlieren wie die belgischen Minenkonzerne. Der CIA und der belgische Geheimdienst arrangierten 1961 die Entführung, Folterung und Ermordung des Politikers (Morgenrath 2001: 23-24 / Wrong 2002: 67-89).



Lumumba: Hommage an Patrice Lumumba, Foto: MONUSCO/ Abel Kavanagh

Während die Parteien und PolitikerInnen um die Macht stritten, wurde Generalstabschef Joseph Désiré Mobutu als oberster Militär zum mächtigsten Mann des Landes. Im Jahr 1965 übernahm er durch einen von den USA unterstützten Staatsstreich auch offiziell die Macht und verbot alle politischen Aktivitäten. Mobutu, der das Land zeitweise in Zaire umbenannte, gab sich strikt antikommunistisch. Im Westen galt er daher als die „Stimme der Vernunft“, während er zugleich durch Misswirtschaft, Willkür und Korruption das Land in den Ruin trieb.

Ab 1989 beschleunigte das Ende des Kalten Krieges den Zerfall des Landes: Aus dem Westen flossen keine Gelder mehr an Mobutu. Mitte der 1990er Jahre hatte Mobutu über weite Teile seines Reiches die Kontrolle verloren. Dort herrschten seine lokalen Statthalter, selbsternannte Regionalfürsten und Militärs. Hinzu kamen noch diverse bewaffnete Rebellenorganisationen aus Nachbarstaaten, die zum Teil mit Billigung Mobutus ins Land gekommen waren, oder aber das Machtvakuum ausnutzten, um sichere Basislager aufzubauen.

Bürgerkrieg und Staatszerfall

Innenpolitisch wuchs der Druck und die in der Region lebenden Menschen forderten Reformen, ein Ende der Korruption sowie freie Wahlen. Um die Opposition zu spalten und damit zu schwächen, schürte Mobutu ethnische Auseinandersetzungen. Dabei verschärfte er gezielt bereits bestehende Rivalitäten. Im Osten des Kongos kam es daraufhin zu Auseinandersetzungen, teilweise gewalttätigen Konflikten und Flüchtlingsbewegungen, Vorboten des späteren Bürgerkrieges.

Gezielt angeheizte Konflikte führten im Jahr 1992 in der rohstoffreichen und wohlhabenden Provinz Katanga zur Vertreibung von rund einer Million Menschen, die vor allem aus der deutlich ärmeren Nachbarprovinz Kasai eingewandert waren. 1993 gab es im Nord-Kivu Kämpfe zwischen Menschen, die zum Teil schon vor Jahrhunderten („Banyamulenge“), zum Teil auch erst vor Jahrzehnten aus Ruanda und Burundi eingewandert waren („Banyaruanda“) und anderen Bevölkerungsgruppen der Region (UNDP 2001a: 10; Johnson 2008: 69).

1994: Völkermord in Ruanda

Seit 1994 sind Krieg und Frieden im Kongo und damit die Migrationsströme im Land auf engste Weise mit den Entwicklungen in Ruanda verknüpft. Die dortigen beiden wichtigsten Bevölkerungsgruppen, Hutu und als wesentlich kleinere Gruppe die Tutsi, wurden von den Kolonialmächten Deutschland und später Belgien systematisch gegeneinander ausgespielt.

Seit der Unabhängigkeit Ruandas im Jahr 1959 eskalierten die Auseinandersetzungen mehrfach zu Bürgerkriegen verbunden mit Massakern, Vertreibungen und der Flucht von mehreren Hunderttausend Menschen in die Nachbarländer. In den Flüchtlingslagern in Uganda, in die viele Menschen der Volksgruppe der Tutsi geflohen waren, formierte sich die Ruandische Patriotische Front (RPF), deren Truppen die damalige, von der Volksgruppe der Hutu dominierte Regierung mehrfach nur mithilfe belgischer und französischer Fallschirmjäger zurückschlagen konnte.

Anfang der 1990er Jahre kam es zu politischen Reformen und Friedensgesprächen, eine Lösung der Konflikte zeichnete sich ab. Dann starb der ruandische Hutu-Diktator Juvénal Habyarimana beim Abschuss seines Flugzeuges, für den vermutlich Extremisten der eigenen Regierungspartei verantwortlich waren, die den gewaltsamen Konflikt fortführen wollten.

Wenige Tage später begann der Völkermord in Ruanda. Ab Anfang April 1994 wurden binnen 13 Wochen mindestens 800.000 Menschen umgebracht. Die ruandische Regierung sprach 2002 sogar von einer Million Toter, davon rund 90 % aus der Gruppe der Tutsi (Buchholz 2002: 15). Die Regierung ließ neben Angehörigen aus der Bevölkerungsgruppe der Tutsi auch Oppositionelle der Gruppe der Hutu umbringen. Der Völkermord wurde systematisch vorbereitet, Waffen lagen bereit, die Mörder agierten koordiniert und verfügten über Listen der potentiellen Opfer. Die internationale Völkergemeinschaft schaute dem Morden, dass sich bereits Wochen vorher abzeichnete, tatenlos zu und zog im Land befindliche UN-Truppen zurück (des Forges 2002).



Mahnmal des Genozids in Ruanda, Foto: Trocaire/Flickr.com

Der Völkermord im Nachbarland brachte Mobutu zurück auf die internationale Bühne. Unter anderem spielte er eine wichtige Rolle bei der Lieferung von Waffen aus verschiedenen Staaten an die Regierung Ruandas. Die Rebellen der RPF versuchten, das Töten zu stoppen und rückten vor, ihnen wurden allerdings ebenfalls schwerste Menschenrechtsverletzungen inklusive der Ermordung von ZivilistInnen vorgeworfen (des Forges 2002: 32-33, 769, 823-860).

Als sich der Sieg der Rebellen abzeichnete, griffen französische Truppen ein und sicherten den Abzug der geschlagenen Regierungstruppen mitsamt der für den Völkermord verantwortlichen Milizen in den Osten des Kongo.

► 2.3 Kriege und Invasionen

Parallel zu den beschriebenen Entwicklungen verlor Mobutu mehr und mehr die Kontrolle über sein Land an lokale Herrscher und Militärs. Darüber hinaus nutzten insbesondere in den östlichen Regionen Rebellenorganisationen aus mehreren Nachbarstaaten den Kongo weiterhin als Rückzugsraum.

Die Nachbarstaaten verlangten immer wieder von Mobutu, diese Gruppen zu vertreiben statt sie zu unterstützen. Besonders bedroht war Ruanda: Zu Beginn des Jahres 1996 befahl der politische Führer des Völkermordes in den Flüchtlingslagern im Osten des Kongo 50.000-70.000 Soldaten, die die gesamte Grenzregion destabilisierten (UNDP 2001a: 10-11). Trotz vielfacher Aufforderungen aus den Nachbarstaaten und insbesondere aus Ruanda unternahm Mobutu nichts gegen die von den Flüchtlingslagern ausgehende Gewalt.

Mitte des Jahres 1996 eskalierte die Situation weiter. Mobutu drohte Hunderttausenden kongolesischen Tutsi mit der Aberkennung der kongolesischen Staatsbürgerschaft und der anschließenden Vertreibung (Körner 1997: 8). Uganda und Ruanda bewaffneten Truppen, die gegen Mobutu kämpfen wollten, und forcierten den Zusammenschluss von kongolesischen Rebellen Gruppen zur „Allianz der demokratischen Kräfte für die Befreiung von Kongo-Zaire“ (AFDL). Deren Truppen griffen die Flüchtlingslager an. Binnen kurzer Zeit floh der größte Teil der Hutu-Flüchtlinge zurück nach Ruanda. Die für den Völkermord verantwortlichen Milizen flohen allerdings in die entgegengesetzte Richtung und tauchten in den Wäldern des Kongos unter (Wrong 2002: 245-246).

Rund 2 Mio. Menschen, die nahezu ausnahmslos aus der Gruppe der Hutu stammten, flohen vor den Rebellen in den Osten der Demokratischen Republik Kongo und lebten dort in großen Flüchtlingslagern, darunter das bald weltbekannte und lange Zeit größte Flüchtlingslager in Goma. Unter ihnen lebte nahezu die gesamte Führungselite des alten Ruanda. Die Völkermörder aus Politik und Armee konnten in den Lagern neue Strukturen aufbauen, Waffen kaufen und unter den Augen der Weltöffentlichkeit SoldatInnen ausbilden (des Forges 2002: 807; UNDP 2001a: 9-11; Wrong 2002: 242; Braeckman 2001: 11).

Während sich die Milizen zum Teil neu formieren konnten, ist das Schicksal vieler ZivilistInnen ungeklärt. Unbestätigten Angaben zufolge geht es um bis zu 200.000 Menschen, die seinerzeit in der Grenzregion verschwanden

Die Rebellen eroberten mit Unterstützung aus Ruanda, Burundi, Uganda, Simbabwe, Angola, Äthiopien und Eritrea binnen kurzer Zeit das Land, daran konnte auch die Unterstützung Mobutus durch Frankreich, Togo, den Sudan und die angolansische Rebellenbewegung UNITA nichts mehr ändern.

Rebellenführer Laurent-Désiré Kabila übernahm 1997 die Macht, Mobutu floh und starb kurz darauf im marokkanischen Exil. Kabilas Methoden unterschieden sich jedoch kaum von denen Mobutus. Er war nicht bereit, Macht zu teilen, verbot die politischen Parteien und regierte per Dekret.

Da er nicht gegen die weiterhin im Osten der Demokratischen Republik Kongo operierenden Rebellen Gruppen, die die Nachbarstaaten destabilisierten, vorging und sich zudem mit seinen früheren Förderern nicht zuletzt wegen Differenzen bei der Ausbeutung kongolesischer Rohstoffe überwarf, wandten sich seine Verbündeten Ruanda und Uganda von ihm ab. In Folge dessen brach im Jahr 1998 ein weiterer Krieg aus. Armeeverbände aus mindestens acht Staaten griffen offen in den Krieg ein. Zeitweise waren mehr als 100.000 Soldaten aus anderen Staaten auf dem Territorium der DRK stationiert. Kabila drohte der Machtverlust, doch dann griffen Truppen aus Angola, Simbabwe und Namibia auf seiner Seite ein und er konnte rund 60 % seines Landes zurückerobern.

Laurent-Désiré Kabila wurde Mitte Januar 2001 ermordet. Überraschend übernahm einer seiner Söhne, der junge und kaum bekannte Militär Joseph Kabila, die Macht, an der er bis heute festhält. Internationale Vermittlungen führten im Jahr 2002 zu einem Friedensprozess, ausländische Truppen zogen zumindest weitestgehend ab.

Kabila profitierte vom Auseinanderbrechen der Koalition seiner Gegner. Insbesondere im Osten des Kongo und hier vor allem im Nordosten des Landes waren zeitweise dutzende Gruppen aktiv, die aus verschiedensten Motiven heraus mal miteinander kämpften, mal Bündnisse eingingen. Ein Teil dieser Gruppen bestand aus ausländischen KämpferInnen, vor allem aus Ruanda und Uganda, doch auch aus dem Sudan und der Zentralafrikanischen Republik. Die reguläre Armee verbündete sich immer wieder mit einzelnen dieser Gruppen oder nahm die KämpferInnen von Rebellengruppen in die eigenen Ränge auf.

Doch nicht nur die eigentlichen Kämpfe sind eine große Bedrohung für die Zukunft des Landes. Die SoldatInnen – darunter viele KindersoldatInnen – sämtlicher beteiligten Gruppen machten sich schwerster Kriegsverbrechen schuldig: Plünderungen, Massaker, willkürliche Morde, Massenvergewaltigungen. Das Vertrauen in die staatliche Macht wurde ebenso zerstört wie das in die Nachbarstaaten. Da mehrere Kriegsführer versucht haben, ihre Gefolgschaft über die ethnische Zusammengehörigkeit zu definieren und gegen andere Volksgruppen hetzten, ist es sehr schwierig, die entstandenen Wunden zu heilen und wieder zu einem friedlichen Miteinander zu finden.

Der Zulauf zu den bewaffneten Gruppen speist sich aus verschiedenen Motiven. Oftmals ist die allgemeine Unsicherheit im Land ein Grund für ihr Entstehen: Dörfer, Regionen oder auch ethnische Gruppen schließen sich zu bewaffneten Verbänden zusammen, da sie sich bedroht fühlen. Sie bieten dabei Jugendlichen und Randgruppen Zugang zu Macht und Reichtum. Der Übergang vom Selbstschutz zum Angriff auf Andere ist oft fließend.

Begleitet wurden die kriegesischen Auseinandersetzungen immer wieder von großen Flüchtlingsströmen, nicht zuletzt aufgrund der Brutalität vieler KämpferInnen.

Trotz des Chaos im Osten des Landes formierte sich im Jahr 2003 eine Übergangsregierung, 2006 kam es zu Wahlen und 2007 übernahm eine Regierung unter der Führung von Joseph Kabila die Macht. Ende des Jahres 2011 wurde Kabila in einer sehr umstrittenen Wahl erneut zum Präsidenten gewählt. Laut internationalen

BeobachterInnen kam es zu massiven Wahlfälschungen und zur Einschüchterung der Opposition, Dutzende Menschen starben vor und nach den Wahlen. Die Opposition forderte vergeblich Neuwahlen.



Laut internationalen BeobachterInnen kam es zu massiven Wahlfälschungen bei der Wiederwahl Joseph Kabilas im Jahr 2011, Fotos: Enough Project/ Flickr.com; Monusco/Sylvain Liechti/Flickr.com

Schätzungen zufolge waren in der Demokratischen Republik Kongo Ende 2015 rund 70 bewaffnete Gruppen aktiv, einige aus den Nachbarländern, der größte Teil jedoch mit lokalen Wurzeln. Darüber hinaus sind viele lokale PolitikerInnen, Menschen aus der wirtschaftlichen Elite oder traditionelle lokale Autoritäten dazu übergegangen, bewaffnete Gruppen zu bilden, um ihre Macht auszubauen. Es bilden sich immer wieder wechselnde Bündnisse, teilweise untereinander, teilweise mit der regulären Armee der DRK (Solhjell/Rosland 2017: 4; UN 2017: 2).

Ursachen der Konflikte

In vielen Berichten über Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo geht es um die Rolle der Rohstoffe innerhalb des Konflikts: Armeen aus den Nachbarländern sowie Rebellengruppen finanzierten

und finanzieren teilweise heute noch insbesondere im Osten des Landes die (kriegerischen) Auseinandersetzungen damit, dass sie Vorkommen von Gold, Coltan, Zinn und Wolfram ausbeuten und auf dem Weltmarkt verkaufen oder aber die Menschen ausplündern, die die Rohstoffe abbauen.



Die Konfliktursachen gehen häufig weit über die Auseinandersetzung um Rohstoffvorkommen hinaus, Foto: Sasha Lezhnev/Enough Project/Flickr.com

Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, dass die Ursachen der Konflikte häufig weit über die Auseinandersetzung um Rohstoffvorkommen hinausgehen. Der Niedergang der staatlichen Institutionen, darunter auch der Sicherheitskräfte, weit verbreitete Korruption, die Verarmung der Bevölkerung, Konflikte um Land, ethnisch motivierte Auseinandersetzungen und die Perspektivlosigkeit in Gebieten des Landes, die aufgrund der maroden Infrastruktur von der Außenwelt weitgehend isoliert sind, bilden den Nährboden für Konflikte (EURAC 2014: 7). Die Bevölkerung leidet unter einer sehr hohen Arbeitslosenrate, Korruption und dem häufig fehlenden Zugang zu Bildung, Strom, Straßen und Transportsystemen. Die hohe Inflationsrate verschlechtert ihre Lebensbedingungen weiter (Crisis Group 2016: 6).

Grundvoraussetzung für eine Beendigung der Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo ist der Aufbau einer funktionsfähigen Regierung, die rechtsstaatlichen Prinzipien folgt, Verwaltung und Armee unter Kontrolle bringt und staatliche Strukturen in allen Teilen des Landes aufbaut. Eine solche Regierung bedarf einer nationalen und international anerkannten Legitimität. Ebendies ist derzeit nicht der Fall. Ursprünglich sollten in den Jahren 2015 und 2016 mehrere Wahlgänge stattfinden, um Provinzparlamente, den Senat, StadträtInnen, GouverneurInnen, BürgermeisterInnen und schlussendlich das nationale Parlament und den Präsidenten zu bestimmen (Tull 2015: 2-4).

Die Regierung Kabila scheint diese Wahlen verhindern zu wollen, da sie schon 2011 nur durch Betrug gewinnen konnte. Zugleich ist die Opposition zersplittert in rund 500 Parteien, zerstritten und besitzt wenig Rückhalt in der Bevölkerung. Zudem gelingt es Kabila immer wieder, Parteien systematisch zu spalten oder Oppositionelle in seine Regierung einzubinden und damit ruhigzustellen. Ein großes Problem dabei ist die bei OppositionspolitikerInnen weit verbreitete Anfälligkeit für Korruption (Crisis Group 2016: 8; Kibangula 2017: 15).

Das Stocken der Vorbereitungen für die Wahlen führt seit Anfang 2015 immer wieder zu Demonstrationen, Protesten und Ausbrüchen von Gewalt. Mehrfach gingen Einheiten der Armee und der Polizei brutal gegen DemonstrantInnen vor, dutzende Menschen starben. Laut Verfassung hätte Präsident Kabila im Dezember 2016 zurücktreten müssen, da seine Amtszeit endete. Er tat dies nicht und das Land hat somit keine verfassungsgemäße Regierung mehr.

Die katholische Kirche hat ein Übergangsabkommen vermittelt, laut dem bis Ende 2017 Wahlen stattfinden sollen und Kabila Oppositionelle in die Regierung einbinden muss. Bis Ende Oktober 2017 wurde nichts davon umgesetzt, während zugleich der Druck auf die Opposition, auf Unabhängigkeit bedachte RichterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und Presse stieg. Mehrfach wurden KritikerInnen der Regierung ermordet, Medienhäuser geschlossen, JournalistInnen angegriffen und der Zugang zu den sozialen Medien gesperrt. Anscheinend versucht die Regierung über die Schürung von Konflikten vom eigenen Versagen abzulenken. Zugleich wird der Familie Kabilas nachgesagt, ein großes Vermögen angehäuft zu haben, dessen Quellen ungeklärt sind. Im August 2017 verlangten verschiedenste Oppositionsgruppen und Nichtregierungsorganisationen sowie die katholische Kirche in einem Manifest Kabilas sofortigen Rücktritt. Darüber hinaus verlangen viele BeobachterInnen der Entwicklungen von der internationalen Staatengemeinschaft Sanktionen gegen Kabilas Familie und eine Stärkung der Friedensmission der Vereinten Nationen (Roth/Sawyer 2017).

► 2.4 Flucht innerhalb der Demokratischen Republik Kongo

Die direkten und indirekten Folgen des lange andauernden Krieges haben vermutlich weit mehr als 5 Mio. Menschen das Leben gekostet. Der größte Teil von ihnen starb nicht durch Kampfhandlungen, sondern durch indirekte Folgen wie Unterernährung oder Krankheiten, da die Kriegsparteien keinerlei Rücksichten nahmen und internationale Hilfe lange Zeit nicht ausreichend stattfand (Johnson 2008: 106-110).

Für viele Menschen insbesondere im Osten des Landes wurde Flucht zum Dauerzustand, da Kämpfe in einigen Regionen seit nunmehr 20 Jahren immer wieder aufflammen. Dies führt dazu, dass sie flüchten mussten, nach einer Beruhigung der Lage wieder zurückkehrten, und dann erneut ihr Zuhause aufgrund neuer Kämpfe verlassen mussten.



*Flucht als Dauerzustand,
Foto: Monusco/Sylvain Liechti/Flickr.com*

Aufgrund der mangelhaften Infrastruktur des Landes und der kaum vorhandenen staatlichen oder internationalen Unterstützung kehrten sie immer wieder in ihre Heimatsregionen zurück, selbst wenn dort die politische Situation nicht wirklich stabil war. In ihren Heimatdörfern finden sie oft zerstörte Häuser vor. Die Felder der Bäuerinnen und Bauern wurden häufig ebenfalls zerstört, das Vieh gestohlen. Auch HandwerkerInnen und HändlerInnen verlieren durch Plünderungen und mutwillige Zerstörungen ihre Existenz. Ein Anknüpfen an das Leben vor der Flucht ist daher unmöglich, zumal die Sicherheitslage in vielen Regionen weiterhin so schlecht ist, dass Investitionen in einen Neuaufbau angesichts drohender erneuter Vertreibungen sinnlos erscheinen. Darüber hinaus existieren nur in den wenigsten Fällen Hilfen wie etwa der Zugang zu Kleinkrediten, um frühere Existenzen wieder aufzubauen. Zerschlagen ist in vielen Gebieten nicht

nur die private Existenzgrundlage der Menschen, sondern auch die Infrastruktur. Straßen sind im Rahmen der Kriegswirren oft verfallen, Schul- und Gesundheitssysteme wenn überhaupt, nur rudimentär vorhanden,



Zu den Kriegsfolgen gehört vielerorts auch eine unzureichende Infrastruktur, Foto: Kaukab Jhumra Smith/USAID/Flickr.com

Die staatliche Verwaltung funktioniert in vielen Gebieten ebenfalls nicht, teilweise seit Jahrzehnten. Wo sie vorhanden ist, ist sie massiv unterfinanziert und es gibt ein großes Korruptionsproblem.

Daran hat auch die Anwesenheit von zeitweise bis zu 20.000 Soldaten der Vereinten Nationen in den meisten Regionen wenig ändern können, zumal der UNEinsatz oft halbherzig, schlecht geplant und ohne eine langfristige Strategie abzulaufen scheint. Durch ihre Kooperation mit der regulären Armee, der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung, Korruption und Unfähigkeit vorgeworfen werden, sehen sich die Vereinten Nationen immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt, moralisch fragwürdig zu handeln (Tull 2017).

Die Sicherheitskräfte haben nicht nur in den Kriegsgebieten einen sehr schlechten Ruf. Polizei und Armee sind zersplittert in verschiedene Einheiten und Zuständigkeiten, darüber hinaus gibt es eine Präsidentengarde und diverse Geheimdienste. Allen gemein ist, dass sie häufig schlecht ausgebildet, disziplinos und unterbezahlt sind. Immer wieder wird Sicherheitsbehörden vorgeworfen, Gelder zu erpressen, korrupt zu sein und bei Protesten brutal gegen DemonstrantInnen vorzugehen (Crisis Group 2016: 14-15).

Zur Lebenssituation von Geflüchteten

„Seit Jahren bestimmen in den Ostprovinzen des Landes Kämpfe zwischen Milizen und Militärs, Plünderungen und Vergewaltigung den Alltag. Die Zeit seit den Kongokriegen 1996 ist von Entbehrung und für viele Menschen von einem Leben dazwischen bestimmt: zwischen Kriegen, zwischen Zelten, zwischen den Fronten, unterwegs von Dorf zu Dorf und in den Wäldern, immer wieder in Flüchtlingslagern - von denen es derzeit allein im Ostkongo über 50 gibt. Die Mehrzahl der Jugendlichen ist mit dem Krieg aufgewachsen, Zeiten des Friedens, Geborgenheit oder eine Perspektive mit Arbeit und eigener Familie kennen sie kaum. Unzählige haben nie eine Schule besucht.“

So gibt es kaum eine Familie, die nicht schon einmal vertrieben war, für kürzer oder länger, die nicht in einem verwüsteten Dorf zurückgeblieben ist oder deren Angehörige in an Kriegshandlungen involviert waren, ob auf der Seite der Täter oder der Opfer. Auf der Suche nach einem Platz, an dem man ohne Angst und Schrecken leben kann, wandern viele Menschen bis heute ständig von einem Ort zum nächsten. Vertreibung, Unsicherheit aufgrund von Überfällen, Landstreitigkeiten und eine schwierige bis völlig unzureichende Versorgungslage erschwert es den Menschen, ihr eigenes Auskommen und eine sichere Existenz aufzubauen.“

Quelle: Caritas International (<http://www.caritas-international.de/hilfeweltweit/afrika/kongo/miliz-gewalt-flucht?show=situation>)



Foto: UN Photo/Marie Frechon/Flickr.com



Flüchtlingscamps in Nord-Kivu, Foto: UN Photo/Marie Frechon/Flickr.com

Interne Flucht: IDP

Der größte Teil der weltweiten Flüchtlinge geht nicht ins Ausland. Wenn Menschen bei der Flucht die Landesgrenzen nicht überqueren, werden diese Binnenflüchtlinge (Internal Displaced Persons – IDP) genannt. In der Demokratischen Republik Kongo bleiben Flüchtlinge in aller Regel innerhalb der Landesgrenzen. Einer der Gründe dafür ist die große Armut der Menschen, die weite Reisen schon aus finanziellen Gründen unmöglich machen. Darüber hinaus hoffen viele von ihnen auf eine baldige Beruhigung der Lage und versuchen, möglichst nahe ihrer Heimat unterzukommen.

Innerhalb der Demokratischen Republik Kongo sind große Gebiete von Flüchtlingswellen betroffen. Im Osten des Landes schwelen die Konflikte seit 20 Jahren, und am stärksten sind die Provinzen Nord- und Südkivu betroffen. Doch auch in anderen Regionen kommt es immer wieder zu Auseinandersetzungen.

Weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit hat sich die Flüchtlingssituation in der Demokratischen Republik Kongo binnen der letzten zwei Jahre noch einmal massiv zugespitzt. Bereits im Jahr 2016 gab es in keinem Land der Welt mehr neue Flüchtlinge als in der DRK. In ersten Erhebungen des Internal Displacement Monitoring Center wurde von 922.000 innerhalb des Jahres 2016 neu registrierten Binnenflüchtlingen ausgegangen, die zu den bereits bestehenden hinzu gerechnet werden müssen (IDMC 2017: 114-116).

Wie stark sich die politische Krise zugespitzt hat, zeigt sich unter anderem daran, dass die Zahl der Flüchtlinge 2017 weiter stieg und sich seit 2015 verdoppelt hat. Von den Ende September 2017 registrierten 3,9 Mio. landesinternen Flüchtlingen waren rund 1 Mio. aus dem Nord-Kivu und 545.000 aus dem Süd-Kivu, zusammen fast die Hälfte der betroffenen Menschen. Viele der Betroffenen sind entweder seit vielen Jahren auf der Flucht oder zum wiederholten Male, so dass deren Situation besonders schlecht ist (IDMC 2017: 14; OCHA 2017).

Eskalation in Kasai

Hauptgrund der im Jahr 2016 und in der ersten Hälfte des Jahres 2017 stark gestiegenen Flüchtlingszahlen ist die Eskalation von Konflikten in der in fünf Provinzen aufgeteilten Kasai-Region, die zuvor weitgehend ruhig war. Auslöser der Auseinandersetzungen war, dass die Zentralregierung in Kinshasa die Ernennung eines neuen traditionellen Würdenträgers, Jean-Pierre Mpandi, im Kasai nicht anerkennen wollte. Diesem wurde zum Verhängnis, dass er Kabila offen kritisierte, Übergriffe der Sicherheitskräfte anprangerte und auf soziale Missstände hinwies. Kabila wollte ihn daraufhin verhaften lassen, und bei dieser Verhaftung wurde Mpandi getötet (Hoebeke 2017: 29).

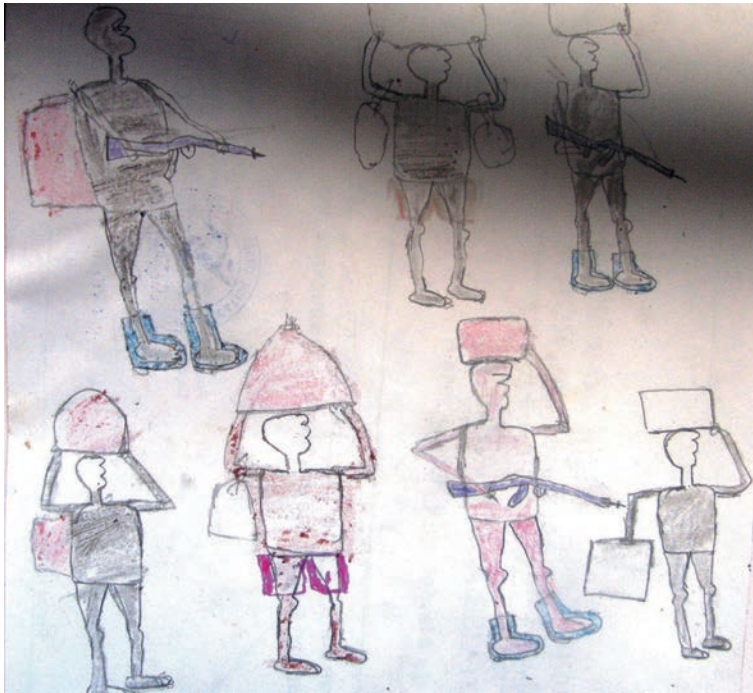
Daraufhin eskalierten die Auseinandersetzungen. Konfliktparteien sind vor allem die seit 2016 aktive Miliz Kamuina Nsapu und die kongolesische Regierungssarmee Forces Armées de la République Démocratique du Congo (FARDC). Bei den Auseinandersetzungen geht es sowohl um den Versuch der Zentralregierung, traditionelle lokale Machthaber zu entmachten, als auch im Hintergrund um die Fragen, wann im Kongo gewählt wird, welche legitime Macht die Zentralregierung noch hat und wie die grassierende Armut der Menschen reduziert werden kann. Die Kämpfe entwickelten sich zu brutalen Auseinandersetzungen.

Die Regierung schickte als Reaktion auf die Unruhen immer mehr SoldatInnen, denen ein menschenverachtendes Vorgehen vorgeworfen wird. Binnen eines Jahres starben mindestens 3.000 Menschen, unter an-

derem wurden zwei BeobachterInnen der Vereinten Nationen ermordet, die untersuchen wollten, ob es zu Kriegsverbrechen gekommen ist. Trotz des massiven Widerstands der Regierung und der Rebellen gegen eine nähere Untersuchung der Ereignisse wurden die Vereinten Nationen aktiv und entdeckten bis September 2017 87 Massengräber, in denen Gewaltopfer heimlich begraben wurden. SprecherInnen der Vereinten Nationen gehen davon aus, dass der größte Teil der Menschenrechtsverletzungen durch die Truppen der Regierung verübt wurden, die exzessive Gewalt anwendeten, nach Zeugenaussagen Unschuldige ermordeten und plünderten. Zugleich gibt es massive Vorwürfe gegen die Rebellen, deren Truppen zu einem Teil aus KindersoldatInnen bestehen und die ebenfalls für zahlreiche Verbrechen verantwortlich sind. Auch sie sollen Leichen in Massengräbern versteckt haben. Die Fronten des Konflikts zerfasern mittlerweile, da Kabila unter einigen Volksgruppen Verbündete gefunden hat, die sich bewaffneten und ursprünglich die Rebellen bekämpft hatten. Diese mehr und mehr ethnisch motivierten Auseinandersetzungen sowie Kämpfe um den Zugang zu Diamantenminen verschärfen den Konflikt weiter. Die Vereinten Nationen wollen den Konflikt untersuchen und über die Bereitstellung von Friedenstruppen entschärfen, was die Regierung ablehnt (Kleinfeld 2017; Hoebeke 2017: 30).

Die Konflikte haben dazu geführt, dass allein in Kasai Anfang 2017 rund 1,4 Mio. Binnenflüchtlinge unter menschenunwürdigen widrigsten Umständen versuchten, innerhalb der Landesgrenzen zu überleben. Weitere 35.000 Menschen sind nach Angola geflüchtet (Hoebeke 2017: 31). Bis September 2017 kehrten in Kasai rund 631.000 Flüchtlinge wieder in ihre Heimatdörfer zurück, wo sie häufig unter sehr prekären Umständen leben (OCHA 2017).

Nach Erhebungen der Vereinten Nationen leben 13 % der Binnenflüchtlinge in der Demokratischen Republik Kongo in Flüchtlingslagern, der Rest ist bei Familienmitgliedern, FreundInnen oder sonst privat untergekommen. Die Fluchtursachen spiegeln die Situation im Lande wieder. Rund 36 % der betroffenen Menschen sind vor lokalen, kommunalen Konflikten geflohen, während 0,3 % vor Naturkatastrophen flohen, und die restlichen 63,7 % nach Angriffen der kongolesischen Armee (OCHA 2017) ihre ursprünglichen Heimatorte verlassen haben.



Zeichnung eines 12-jährigen Kindes, Foto: Enough Project/Flickr.com

Lebenssituation von Flüchtlingen in Tanganyika

Nicht nur die Zuspitzung der Situation in der Region Kasai wurde von der Weltöffentlichkeit vor dem Hintergrund der Kriege in Syrien und Irak kaum wahrgenommen. Auch in der Region Tanganyika im Südosten des Kongo eskalierten Konflikte. Dort flüchteten in den vergangenen Jahren fast 600.000 Menschen aus ihren Heimdörfern. Diese verteilten sich dorthin, wo sie Hilfe fanden. Rund die Hälfte der Vertriebenen lebt in 17 Flüchtlingslagern rund um die Stadt Kalémie. Ärzte ohne Grenzen beschrieb Ende des Jahres 2016 die Situation in diesen Lagern. Ein Teil der dort lebenden Menschen haben bereits mehrere Etappen der Flucht hinter sich, denn sie wurden aus vorherigen provisorischen Unterkünften vertrieben. Ohne ausreichende Infrastruktur sollen sie nun rund um und in den Schulen von Kalémie Notunterkünfte finden, doch der Platz reicht nicht aus. Viele Menschen leben in Strohhütten auf engstem Raum, und es kann schon mehrfach zu Bränden, die sich rasend schnell ausbreiteten. Die Versorgung ist unzureichend, und es fehlt insbesondere an sauberem Trinkwasser, was den Ausbruch von Krankheiten befördert.

Quelle: Ärzte ohne Grenzen (<http://www.msf.org/en/article/drc-no-water-no-space-nothing-left-people-kalemie-cant-keep-living>)

Grenzüberschreitende Flucht

Nur ein kleiner Teil der Menschen, die in der Demokratischen Republik Kongo fliehen, geht in die Nachbarländer. Aufgrund der großen Gesamtzahl der Flüchtlinge sind dies allerdings dennoch 460.245 Menschen. Wichtigstes Aufnahmeland ist Uganda, gefolgt von Ruanda, Tansania und Burundi (siehe Tabelle).

Zielländer Geflüchteter aus der Demokratischen Republik Kongo (Stand 4/2017)

Uganda	203.675
Ruanda	73.457
Tansania	62.505
Burundi	57.599
Kenia	29.518
Südsudan	14.477
Kongo-Brazzaville	12.287
Andere Länder	6.727
Gesamt	460.245

Quelle: WFP 2017

Nicht nur die Demokratische Republik Kongo wird von Konflikten erschüttert, sondern auch mehrere der Nachbarländer. Damit wird die DRK nicht nur ein Herkunftsland von Flüchtlingen, sondern auch ein Zielland. Innerhalb der Demokratischen Republik Kongo leben 475.019 Flüchtlinge. Davon stammt der größte Teil mit 245.052 aus Ruanda, gefolgt von der Zentralafrikanischen Republik (siehe Tabelle). Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass sie zur Versorgung dieser Flüchtlinge im Laufe des Jahres 2017 rund 236 Mio. US-Dollar benötigen. Bis Ende Juli 2017 waren von dieser Summe lediglich 17 % zur Verfügung gestellt worden (UNHCR 2017: 1)

Herkunftslander Geflüchteter, die in der Demokratischen Republik Kongo leben (Stand 7/2017)

Ruanda	245.052
Zentralafrikanische Republik	102.503
Südsudan	82.322
Burundi	43.731
Kongo-Brazzaville	661
Angola	494
Sonstige	256
Gesamt	475.019

Quelle: UNHCR 2017: 1



Das Lusenda-Flüchtlingslager (nahe des Tanganyika-Sees), in dem mehr als 13.500 burundische Flüchtlinge leben, Foto: Monusco/Abel Kavanagh/Flickr.com

Abwanderung in die Städte

Viele Menschen in den ländlichen Regionen der Demokratischen Republik Kongo sehen keine Zukunft im Leben auf dem Land. Neben der Flucht vor kriegesischen Auseinandersetzungen sind die schlechte Infrastruktur und die äußerst hohe Arbeitslosigkeit wichtige Motivationen für die Migration in die Städte bzw. urbanere Gebiete. Hauptanziehungspunkt ist die Hauptstadt Kinshasa. Die Einwohnerzahl Kinshasas lag im Jahr 1960 noch bei 400.000 Menschen (Böhm 2011: 12). Bis 1984 wuchs die Zahl auf 2,7 Mio. und stieg dann noch einmal rapide an auf derzeit mehr als 11 Mio. Menschen (Crisis Group 2016: 4, Fußnote 8). Doch auch die Einwohnerzahl in mehreren anderen großen Städten ist in den letzten Jahren massiv gestiegen.

Die Regierung ist weder willens, noch dazu in der Lage, diesen Menschen eine adäquate Infrastruktur anzubieten. Die Lebensumstände in den Städten sind daher häufig sehr schlecht und es sagt einiges über die Situation auf dem Lande aus, dass die Menschen dennoch in die Städte wollen (Johnson 2008: 107-108).

3 Ghana

Auch in Ghana gibt es umfangreiche Migrationsbewegungen. Die Suche nach einer besseren wirtschaftlichen Perspektive im Kakaoanbau war häufig der zentrale Beweggrund für diese Migration. Auf diese Wanderungsbewegungen in den Kakaosektor konzentriert sich das folgende Kapitel, auch wenn es umfassende Migrationsbewegungen zusätzlich in andere Wirtschaftssektoren und insbesondere in die Städte

gegeben hat, und zudem viele Menschen aus Ghana in die Nachbarländer oder nach Übersee gegangen sind. Hintergrund dieser Themenfokussierung ist, dass die Ursache der Migration die steigende Nachfrage nach Schokolade in Industrieländern gewesen ist und damit unmittelbar mit dem Konsumverhalten in Deutschland, dem zweitgrößten Schokoladenmarkt der Welt, zusammenhängt.

► 3.1 Kolonialzeit

Die heutigen Grenzen des westafrikanischen Staates wurden in der Kolonialzeit festgelegt und stimmen nicht mit den Siedlungsräumen der dort lebenden Menschen überein. Bereits vor der Kolonialzeit gab es Wanderungsbewegungen, die große wirtschaftliche und politische Auswirkungen hatten. Ab dem Jahr 1471 waren EuropäerInnen an der Küste präsent. Sie gründeten zu Beginn lediglich relativ kleine Niederlassungen und Festungen, die hauptsächlich für den Handel genutzt wurden, nicht jedoch als Ausgangsbasis für die Eroberung des Landesinneren. In diesem Gebiet, auch Goldküste genannt, sind umfangreiche Goldvorkommen zu finden. Gold aus Ghana war bereits lange vor der Ankunft der EuropäerInnen ein begehrtes Handelsgut im arabischen Raum.

Vom 16. und bis zum 19. Jahrhundert nutzten verschiedene europäische Mächte ihre Festungen an der Küste als Umschlagsplätze für den SklavInnenhandel. Zeitweise wurden große Teile des west- und zentralafrikanischen SklavInnenhandels über die als Sammelplätze und Gefängnisse dienenden Festungen abgewickelt.



Festungen als ursprüngliche Umschlagplätze für den SklavInnenhandel, Foto: Adam Cohn/Flickr.com

In der Regel blieben die europäischen HändlerInnen an der Küste und kauften die SklavInnen im Tausch gegen Handelsgüter und Waffen von einheimischen Fürsten und Kriegsherren. Damit heizten sie Konflikte innerhalb der gesamten westafrikanischen Region an, was wiederum große Fluchtbewegungen verursachte.

Im Landesinneren existierten weiterhin Staaten. Das mächtigste Königreich war während des 17. und 18. Jahrhunderts das der Ashanti, die große Teile des heutigen Staatsgebietes von Ghana eroberten und ein umfassendes Verwaltungssystem aufbauten (Ki-Zerbo 1993: 281-291). Die Staaten wurden nach langen und heftigen Kämpfen von den Briten unterworfen, die das Gebiet 1874 zur Kronkolonie erklärten.



Foto: The National Archives UK/Flickr.com

Briten steuern Migrationsbewegungen

Die schrittweise Machtübernahme der Briten veränderte die wirtschaftlichen Grundstrukturen des Landes und damit auch die Richtung der Migration. Zuvor wanderten viele Menschen aus dem ärmeren Süden in den Norden ab, denn dort entlang führten die wichtigsten Handelswege zwischen Westafrika und dem Sudan, was für eine Vielzahl von Arbeitsplätzen sorgte. Die britischen Kolonialherren konzentrierten dagegen den Handel unter ihrer eigenen Kontrolle an der Küste, durchtrennten die traditionellen Handelswege und trugen so zur Verarmung der nördlichen Gebiete des Landes bei. Erwünschter Nebeneffekt war die Zuwanderung von Menschen in den Süden, da Arbeitskräfte für die entstehenden Minen und Plantagen sowie für die Armee benötigt wurden (Adaawen/Owusu 2013: 29-30).

Nord-Süd-Wanderung

Nach der Unabhängigkeit Ghanas im Jahr 1957 blieben viele ökonomische Grundzüge bestehen. Der deutlich fruchtbarere und regenreichere Süden des Landes zog einen stetigen Strom von Arbeitskräften an. Dort befinden sich zudem die beiden größten Städte, die Wirtschaftsmetropole Kumasi und die Hauptstadt Accra sowie die beiden wichtigsten Häfen, Tema und Takoradi. Nach einigen politisch turbulenten Jahrzehnten stabilisierte sich ab dem Jahr 1992 die politische Situation. Regelmäßige, freie Wahlen, eine weitgehend freie Presse und eine aktive Zivilgesellschaft sind Anzeichen dieser Stabilisierung. Zugleich kämpft das Land allerdings mit erheblichen Korruptionsproblemen und weiterhin großen Mängeln in der Infrastruktur, im Schulwesen und bei der Gesundheitsversorgung.

Statistische Daten zu Migrationsbewegungen liegen, zu Beginn teilweise lückenhaft, erst ab dem Jahr 1931 vor. Diesen zufolge sind mit der Ausnahme der Phase der Wirtschaftskrise zwischen 1970 und 1984 permanent Menschen aus dem Norden in den Süden gewandert. Die Nord-Süd-Wanderung hat dabei nach 1984 noch einmal deutlich zugenommen (van der Geest 2011: 74).

Eine Erhebung aus dem Jahr 2000 zeigt, dass rund 20 % der im Norden geborenen Menschen in den Süden abgewandert sind. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 3,6 Mio. im Norden Ghanas geborenen Menschen im Jahr 2000 nur noch lediglich 3,1 Mio. tatsächlich lebende EinwohnerInnen in diesen Gebieten gegenüberstanden (van der Geest 2011: 74-76). Hinzu kommen die Kinder, Enkel, Urenkel etc. von Menschen, die ursprünglich aus dem Norden stammen, doch schon lange im Süden sesshaft sind.

Aus den christlich dominierten Gebieten des Nordens Ghanas migrierten mehr Menschen in den christlich dominierten Süden als aus den islamisch dominierten Regionen (van der Geest 2011: 80).

Zugleich war Ghana immer auch ein Auswanderungsland. In den 1970er Jahren wanderten viele Menschen aus Ghana nach Nigeria ab. Deren Zahl war erheblich: Während einer Wirtschaftskrise in Nigeria wurden im Jahr 1983 1 Mio. aus Ghana stammende MigrantInnen aus Nigeria ausgewiesen und kehrten quasi über Nacht zurück, was zu großen ökonomischen und sozialen Problemen führte. Zudem sind viele Menschen aus Ghana nach Europa und die USA ausgewandert.

Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge entsprachen im Jahr 2015 Überweisungen aus dem Ausland rund 13 % des Bruttoinlandsproduktes (UNDP 2016: 248).

Abwanderung in die Städte nach Accra und Kumasi

Neben der Migration in den Kakaosektor gibt es bereits seit Jahrzehnten eine zunehmende Landflucht. Insbesondere junge Menschen verlassen die ländlichen Regionen auf der Suche nach Perspektiven. Viele von ihnen brechen in sehr jungem Alter auf. Eine Studie über Wanderungsbewegungen in die beiden Großstädte des Landes, Accra und Kumasi, zeigt diesen Trend. Bis zu 25 % der emigrierten Jungen und Mädchen waren laut einer Erhebung im Jahr 2005 zum Zeitpunkt ihrer Migration lediglich 10-14 Jahre alt. Oft stehen sie vor dem Problem, in den ohnehin mit Arbeitssuchenden überfüllten Städten überhaupt Beschäftigung zu finden. Dies gilt insbesondere für Mädchen, die bei der Abwanderung nach Accra in der Überzahl sind. Viele der MigrantInnen finden nur sehr prekäre Beschäftigungen, weit mehr als die Hälfte arbeitete beispielsweise als TrägerIn auf den Märkten, andere als StraßenverkäuferIn, HändlerIn oder in Haushalten (Adaawen/Owusu 2013: 33-34).



Kumasi, Foto: Jbdodane/Flickr.com

► 3.2 Kakaoanbau als treibender Faktor

Der Kakaoanbau in Ghana begann vermutlich im Jahr 1879. In den folgenden Jahrzehnten wurden die Plantagen massiv ausgebaut und zwischen den Jahren 1921 und 1978 war Ghana der größte Kakaoproduzent der Welt. Der Kakaosektor, der eine große Bedeutung für das Land hat, wird seit den 1940er Jahren durch eine staatliche Behörde organisiert, dem COCOBOD. In der Saison 2016/17 wurden mehr als 900.000 Tonnen Kakao geerntet, ein Anteil von 20 % an der gesamten Weltproduktion. Mit dem Export von Kakao wird rund ein Fünftel der jährlichen Exporteinnahmen erwirtschaftet, die Steuern auf den Kakaosektor finanzieren einen erheblichen Teil der Regierungsausgaben. Schätzungen zufolge pflanzen rund 800.000 Bäuerinnen und Bauern

auf einer Fläche von mindestens 2 Mio. Hektar Kakao an. Werden die Familienangehörigen hinzugerechnet, ernährt der Kakao mehrere Millionen Menschen. Ausreichende Einnahmen aus dem Kakaoanbau haben somit fundamentale Bedeutung für die Reduzierung der Armut im Land (Hütz-Adams et al. 2016: 26-29).

Warum der Kakaosektor zu einer Triebfeder für Migration wurde, lässt sich anhand zweier Faktoren erklären: der Anbau von Kakao ist sehr arbeitsintensiv und war lange Zeit ein lukratives Geschäft, vor allem in Relation zu anderen möglichen Einkommensquellen. Wer in den Kakaoanbau einstieg, hatte über Jahrzehnte hinweg die Aussicht, relativ gute Einkommen zu erzielen.



Kakaoproduktion in Mpenkri/Central Region/Ghana, Foto: Franceso Veronesi/Flickr.com

„Wenn du deine Kinder zur Schule schicken willst,
dann ist es Kakao.
Wenn du dir ein Haus bauen willst, dann ist es Kakao.
Wenn du heiraten willst, dann ist es Kakao.
Wenn du Stoff kaufen willst, dann ist es Kakao.
Wenn du dir einen Laster kaufen willst, dann ist es Kakao.
Was immer du in dieser Welt tun willst
Ist es Kakaogeld, mit dem du es tust.“

Textzeilen aus den 1950er Jahren (Ghana)

Quelle: Ryan 2011 (eigene Übersetzung)

Der anspruchsvolle Kakaobaum kann nur in einigen wenigen, klimatisch geeigneten Regionen entlang des Äquators angebaut werden. Zudem benötigt er fruchtbare Böden und ausreichend Regen. Die Ernte ist aufwendig, da die Früchte in Westafrika in zwei Phasen in den Monaten Oktober bis März (Haupternte) und Mai bis August (Nebenernte) einzeln per Hand abgeschlagen und zu Sammelplätzen getragen werden müssen. Die Kakaofrüchte werden anschließend von den Bäuerinnen und Bauern geöffnet, die Bohnen entfernt, diese mehrere Tage lang fermentiert und in einem nächsten Schritt getrocknet. Auch die Pflege der Plantagen ist aufwendig, da die Bäume und Früchte anfällig für Krankheiten sind.

Als Ende des 19. Jahrhunderts die Nachfrage Europas nach Kakao nicht mehr durch die traditionellen Herkunftsgebiete von Kakao in Mittel- und Südamerika gedeckt werden konnte, errichteten die Kolonialmächte zahlreiche Plantagen auf dem afrikanischen Kontinent und in Indonesien. Bald zeigte sich, dass der Anbau in Großplantagen nicht lohnte und man setzte auf den Kakaobau durch Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

Ohne MigrantInnen aus anderen Regionen wäre der Ausbau des Kakaosektors in Ghana nicht möglich gewesen. Anders als im Nachbarland Côte d'Ivoire, wo viele dieser MigrantInnen aus den Nachbarländern Burkina Faso und Mali in die Kakaogebiete einwanderten, waren es in Ghana hauptsächlich Arbeitskräfte aus dem Norden des eigenen Landes, die in den Kakaobau gingen. Sie zogen in die Regenwaldgebiete, die zuvor eher dünn besiedelt waren. Um die Kakaoplantagen anzulegen, musste der Wald über Wege erschlossen, die Bäume größtenteils bis auf einige Schattenbäume gefällt und Kakaobäume gepflanzt werden. Die Setzlinge benötigen mehrere Jahre intensive Pflege, bis die Kakaobäume Früchte tragen.

Ursprünglich hatten LandbesitzerInnen im Osten Ghanas und in der Mitte der südlichen Gebiete Plantagen noch selbst aufgebaut und erst später saisonale Arbeitskräfte für deren Pflege und die Ernte kommen lassen. Doch schon in den 1930er Jahren kamen MigrantInnen in die Anbauggebiete, um dort zu bleiben. Viele kauften Land, häufig mithilfe von Krediten reicher LandbesitzerInnen, andere waren dauerhafte oder saisonale Arbeitskräfte. Eine Studie aus dem Jahr 1952 kam zu dem Ergebnis, dass bis zu 60 % der Arbeit in den Plantagen von angeheuerten Arbeitskräften verrichtet wurde. Schätzungen zufolge arbeiteten im Jahr 1954 rund 200.000 MigrantInnen als SaisonarbeiterIn im Kakao-sektor. Treibende Kraft war dabei nicht nur die Suche nach einem besseren Leben, sondern auch der Druck der Kolonialregierung. Diese erhob Steuern, und zu deren Begleichung benötigten die Menschen Bargeld. Nach und nach wechselte das System, da viele Beschäftigte nicht mehr gegen Geld arbeiten wollten, sondern als Gegenleistung selbst Land beanspruchten. Bis heute weit verbreitet ist daher ein System, das Abunu genannt wird: MigrantInnen oder auch Einheimische, die ihre Anbauflächen vergrößern wollen, erhalten von einem Landbesitzer ein Stück Land, errichten darauf eine Kakaoplantage. Sie investieren mehrere Jahre Arbeitseinsatz, bis die Kakaoplantage produktiv geworden ist, und erhalten als Lohn die Hälfte des Landes zur eigenen Bewirtschaftung. Ebenfalls bekannt ist ein System, in dem PächterInnen Nahrungsmittel für sich und zudem Kakao anbauen, doch nur ein Drittel der Kakaoprodukte behalten dürfen (Abusa-System). Schätzungen zufolge wird eines dieser beiden Systeme auf bis zu 30 % der Plantagen heute noch praktiziert (Kolavalli/Vigneri/Gockowski 2016: 45-46, 57; Mitchell 2012: 3).

► 3.3 Armutsgefälle

Potentielle Arbeitskräfte für den Kakaosektor hat es bis vor wenigen Jahrzehnten ausreichend gegeben. Trotz immer wiederkehrender Probleme im Kakaobau, harter Arbeit und relativ niedriger Einkommen war die Situation für viele der MigrantInnen immer noch besser als das, was sie in ihren Heimatsregionen vorfanden. Erhebungen des statistischen Amtes der ghanaischen Regierung aus dem Jahr 2015 zeigen, wie stark das Armutsgefälle noch heute ist. In weiten Teilen des Nordens des Landes leben mehr als 50 % der Menschen in Armut, in einigen Regionen sogar mehr als 80 % und in einem Distrikt sogar mehr als 90 %.



Ein Dorf im nördlichen Bolgatanga,
Foto: Maarten van der Bent/Flickr.com

Dagegen ist die Armutsrate im größten Teil des Südens Ghanas weit geringer und liegt auch in fast allen Kakaoanbaugebieten unter 30 % (Ghana Statistical Service 2015: 9).

An diesem Nord-Süd-Armutsgefälle konnte auch die in den vergangenen 30 Jahren zu beobachtende deutliche Senkung der Armutsraten im Land wenig ändern (Cooke/Hague/McKay 2016: 9).

Zu beobachten ist allerdings, dass selbst die relativ „wohlhabenderen“ Kakaoanbaugebiete nach internationalen Maßstäben immer noch sehr arm sind. Studien aus den Kakaoanbaugebieten zeigen, dass die Familien der Bäuerinnen und Bauern von Einkommen leben müssen, die weit unterhalb des von der Weltbank definierten Armutsniveaus von 1,90 US-Dollar pro Kopf der Familie pro Tag liegen. Die Durchschnittseinkommen lagen im Jahr 2014 vermutlich sogar nur bei rund der Hälfte dieser Summe (Fountain/Hütz-Adams 2015: 48-49).

Besiedlung neuer Flächen

Die Anbauflächen für Kakao wurden aus zwei Gründen ausgeweitet. Zum einen ist die Nachfrage nach Kakao stetig gestiegen. Zum anderen lassen die Erträge vieler Plantagen nach 20 bis 30 Jahren nach. Dies liegt nicht nur daran, dass die Bäume ihren Produktivitätszenit überschritten haben, sondern auch an ausgelaugten Böden. In früheren Zeiten brachen Bäuerinnen und Bauern dann oft auf, rodeten fruchtbaren Regenwald und legten neue Plantagen an. Mittlerweile ist Land knapp in Ghana und es bestehen kaum noch bewaldete Flächen außerhalb von Naturschutzgebieten.

Im Laufe der Besiedlung neuer Anbaugebiete konnten verschiedene Phasen beobachtet werden. Eine Falluntersuchung der Entwicklung im Juaboso Distrikt im äußersten Westen des Landes zeichnet einen solchen Ablauf nach. MigrantInnen kamen aus dem Norden oder aus Gebieten im Süden des Landes, in denen Land knapp war. In der untersuchten Region kamen Pioniere zwischen 1966 und 1979 an und legten erste Kakao-plantagen an. Zwischen 1980 und 1989 wanderten weitere Kakaobäuerinnen und Kakaobauern ein. Nachdem ihre Plantagen größer wurden und der Arbeitsbedarf stieg, folgten zwischen 1990 und 1999 mehr und mehr Arbeitskräfte. In den folgenden Jahren gab es zwar noch Migration in die Region, doch die hatte in der Regel nichts mehr mit Kakao zu tun. Die zuerst angekommenen Menschen sicherten sich größere Landflächen, und bewirtschafteten häufig 20 Hektar, während die zuletzt gekommenen lediglich rund drei Hektar bearbeiteten (Knudsen/Agergaard 2015: 329-339).

Kaum Konflikte

Mit der Erlangung der Unabhängigkeit wurde ein Teil der MigrantInnen aus dem Norden plötzlich zu AusländerInnen, da sie aus Gebieten jenseits der von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen stammten. Als Reaktion darauf gab es mehrfach Bestrebungen, die traditionell von den Chiefs nach eigenem Gutdünken durchgeführte Landvergabe zu reglementieren. Die ghanaische Regierung erließ beispielsweise 1963 ein Gesetz, laut dem AusländerInnen Aufenthaltsgenehmigungen beantragen müssen, bevor sie arbeiten oder anders ökonomisch aktiv werden. Dies war neu für ein Land, in dem zuvor Fremde nie als AusländerInnen gesehen wurden. 1969 wurde das Gesetz kurzfristig verschärft und alle Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung sollten das Land binnen zwei Wochen verlassen. Tatsächlich ging ein Teil der MigrantInnen, insbesondere aus dem Ausland stammende Menschen, in ihre Herkunftsregionen zurück, doch viele ignorierten die Aufforderung. Gleiches taten meist die ArbeitgeberInnen, da sie auf die Beschäftigten angewiesen waren. Dennoch hatte das Gesetz negative Auswirkungen auf den Kakaosektor. Selbst als es aufgehoben wurde und man wieder versuchte, MigrantInnen nicht nur aus dem Norden Ghanas, sondern auch aus den Nachbarstaaten anzuwerben, kehrten viele nicht zurück und gingen stattdessen zum Arbeiten oder auch zum Aufbau eigener Plantagen lieber in die Côte d'Ivoire. Dies führte vorübergehend zu einem Arbeitskräftemangel im Kakaosektor. Zugleich wurde in vielen Anbauregionen das Land knapp, was den Aufbau neuer Plantagen oder den Ersatz alter Flächen durch neue Flächen erschwerte und damit auch den Versuch von MigrantInnen, selbst Plantagen zu erwerben (Mitchell 2012: 4-6).

Regional gesehen hat die Migration in den Kakaosektor immer wieder zu Landkonflikten geführt, die aber in Ghana, im Gegensatz zum Nachbarland Côte d'Ivoire, nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führten. Angesichts der großen Zahl wandernder Menschen und generell unklarer Landtitel, da Land häufig von regionalen Chiefs nach traditionellem Recht vergeben wird, ist das eine große Integrationsleistung. Dies konnte auch in jüngster Zeit trotz knapper werdender Flächen und einem steigenden Druck auf alle Menschen, die auf den Zugang zu Land für die Bewirtschaftung ihres Lebenserwerbs angewiesen sind, beibehalten werden. Kommt es zu Landkonflikten, werden diese in aller Regel von den lokalen Autoritäten geschlichtet. Trotz aller Probleme im Kakaosektor ist das Gefühl weit verbreitet, alle in Ghana lebenden Menschen hätten die gleichen Rechte (Mitchell 2012: 10-15).



Fischer in der Region Cape Coast, Foto: David Stanley/Flickr.com



Foto: Martin Valentin Fuchs
<https://tschinderle-fuchs.atavist.com/sie-schrfen-rotes-gold>

EU-Politik verursacht Migration

Aus Ghana gibt es immer wieder Berichte, laut denen Fischer viel weniger fangen als früher. Zurückgeführt wird dies unter anderem darauf, dass moderne europäische und zunehmend auch chinesische Fischereischiffe von der ghanaischen Regierung Fanglizenzen erworben haben oder schlicht illegal fischen und nun die Fischgründe leer fangen.

Agrarsubventionen in Europa haben ebenfalls einen erheblichen Einfluss auf die Lebenssituation der Menschen. Im Jahr 2015 berichtete die Wochenzeitung *Die Zeit* unter der Überschrift „Ein Mann pflückt gegen Europa“, dass Tomatenbauern in Ghana ruiniert worden sind. In dem geschilderten Fall hatte der Bauer Kojo Ebeneku lange Jahre eine lokale Tomatenfabrik beliefert und davon halbwegs gut leben können. Diese Fabrik musste schließen, da der Markt in Ghana mit Tomatenmark aus der EU überschwemmt wird, hauptsächlich aus Italien. Da der Tomatenanbau im europäischen Anbauggebiet hoch subventioniert wird, sind die daraus hergestellten Produkte wesentlich preisgünstiger als die Ware aus Ghana. Der ghanaische Bauer schilderte, dass er irgendwie versucht, zu überleben. Andere Bäuerinnen und Bauern in Ghana haben längst aufgegeben, etliche sind nach Europa gegangen. Dort pflücken einige von ihnen nun für einen Hungerlohn in Süditalien Tomaten. Recherchen zu den Lebensumständen in Süditalien zeigen, dass es diesen häufig kaum besser geht als den Zuhause gebliebenen Menschen: „Nicht weit von der Tomatenfabrik in Foggia entfernt, westlich der Stadt Cerignola, zwischen Tomatenfeldern und Olivenplantagen, liegt eine zerfallene Siedlung. Die Leute in der Gegend nennen sie *ghetto ghanese* – das ghanaische Ghetto. Hier hausen in zerfallenen Hütten etwa 150 Menschen. Zur Erntesaison im Sommer schwillt das Camp auf bis zu 800 Menschen an. Viele von ihnen sind Bäuerinnen und Bauern, die vor dem Preisdruck nach Europa geflohen sind. Kojo Ebenekus Landsleute (Krupa/Lobenstein 2015).

Temporäre Wanderungsbewegungen

Neben dauerhafter Migration gab und gibt es temporäre Wanderungsbewegungen in Ghana. Insbesondere während der Trockenzeit verlassen viele Menschen den Norden Ghanas und gehen in den Süden, um zusätzlich zu ihren oft spärlichen Einkommen aus der Landwirtschaft Geld zu verdienen. Ziel dieser saisonalen Wanderungen sind dabei nicht nur die Kakaoanbaugebiete, sondern auch die großen Städte im Süden. Der Klimawandel wird vermutlich dafür sorgen, dass diese Art der Wanderung sich in Zukunft verändert, wobei die genauen Auswirkungen noch nicht abzusehen sind. Vermutlich wird der Anbau von Agrarprodukten im Norden Ghanas durch sich verändernde Wetterereignisse in Zukunft noch schwieriger, was den Migrationsdruck weiter erhöhen könnte. Dies könnte den Trend verstärken, das ursprünglich temporäre MigrantInnen im Süden bleiben und versuchen, sich dort eine Existenz

aufzubauen (Buono 2011: 12; Rademacher-Schulz/Schraven/Mahama, 2014).

Diese Art von Überlebensstrategie birgt große Risiken. Als zu Beginn der 1980er Jahre politische Krisen und Dürren den Kakaoanbau einbrechen ließen, was zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften führte, mussten sich die Menschen neue Ziele suchen. In der Folgezeit verstärkte sich die Wanderung von Arbeitskräften aus dem Norden in die Nachbarländer Côte d'Ivoire und Togo oder aber sie gingen in die Städte. Im Jahr 1992 versuchte die Regierung, den Aufbau von Kakaoplantagen in eigentlich geschützten Flächen zu unterbinden, um die wenigen noch bestehenden Waldbestände zu erhalten. Dies führte zu erheblichen Konflikten mit Kakaobäuerinnen und Kakaobauern. Letztendlich wurde der Versuch abgebrochen (Mitchell 2012: 6-7).

Geldtransfers im Wandel

Die Überweisungen der MigrantInnen aus dem Süden haben eine erhebliche Bedeutung für das Einkommen der Menschen im Norden (Adaawen/Owusu 2013: 30). Ein Problem ist dabei, wie Geld kostengünstig transferiert werden soll. Ein etabliertes System nennt sich Susu: GeldsammlerInnen, die teilweise sogar registriert sind, sammeln die Kleinbeträge der MigrantInnen insbesondere in den Städten ein, verwalten diese und unterstützen dann den Transfer in die Herkunftsgebiete. Häufig stammen die GeldsammlerInnen aus gleichen Gemeinden wie die MigrantInnen. Es gibt immer wieder Fälle, in denen MigrantInnen um ihr Geld betrogen werden. Dennoch greifen die Menschen auf diese Dienstleistung zurück, da die Banken entweder nicht zugänglich oder gemessen an den Kleinstbeträgen, um die es geht, viel zu teuer sind. Seit ein paar Jahren befinden sich die bestehenden Strukturen im Wandel, da mehrere Telefongesellschaften in Ghana Geldüberweisungen per Handy anbieten. Dies erleichtert nicht nur den Geldtransfer, sondern macht diesen auch sicherer und deutlich billiger als zuvor (Adaawen/Owusu 2013: 36, 41).



Zahlreiche Telefongesellschaften in Ghana bieten Geldüberweisungen per Handy an, Foto: Rachel Strohm/Flickr.com

Die überwiesenen Gelder werden zum größten Teil genutzt, um Nahrungsmittel und andere Dinge für den täglichen Bedarf zu kaufen. Nur ein kleiner Teil fließt in langfristige Anlagen. Der Grund dafür sind einerseits die Armut im Norden, wo Menschen auf die Transfers zur Bestreitung der Ausgaben für das tägliche Überleben angewiesen sind, andererseits die geringen Verdienste der meisten MigrantInnen (Adaawen/Owusu 2013: 41).

► 3.4 Kinder suchen Arbeit

Im Kakaosektor haben in den vergangenen 20 Jahren immer wieder Berichte über Kinderarbeit und sogar Zwangsarbeit von Kindern für Schlagzeilen gesorgt. Berichte über Zwangsarbeit gibt es aus Ghana kaum, die meisten aufgedeckten Fälle stammen aus der Côte d'Ivoire.

Insbesondere in den ärmeren Regionen Westafrikas gibt bei Umfragen ein großer Teil der Kinder an, sie seien zeitweise auf der Suche nach Arbeit migriert. Während viele der acht- bis zwölfjährigen Kinder aus armen Familien in der eigenen Landwirtschaft mitarbeiten, sucht ein Teil der älteren Kinder auch in weiterer Entfernung nach Einkommensmöglichkeiten. Dies ist oft mit hohen Risiken verbunden, da die Kinder die Schule abbrechen, ihnen Ausbeutung, Misshandlung und Missbrauch drohen und sie ohne Unterstützung weit weg von zu Hause sind. Andererseits können sich so neue Chancen eröffnen (tdh et al. 2012: 4-15).

Risiken für Kinder sind dann geringer, wenn sie nicht ins Ungewisse aufbrechen, sondern über Netzwerke von Verwandten und FreundInnen der Eltern reisen. In Ghana gibt es häufig solche Netzwerke, und oft wissen Kinder bei ihrer Abreise in den Süden bereits, bei welchen Verwandten oder Bezugspersonen sie unterkommen werden (Massart 2012: 18-19).

Kinder im Kakaosektor

Wenn Kinder im Kakaosektor arbeiten, sind sie meist für bestimmte Aufgaben zuständig. Dazu gehören das Jäten von Unkraut, der Transport der Bohnen von den Plantagen zu den Wohnorten, wo sie getrocknet werden, der Transport von Wasser auf die Plantagen und das Öffnen der Früchte. Häufig arbeiten sie auf den Farmen zudem mit bei der Produktion von Nahrungsmitteln und in der Tierzucht. Der größte Teil der Kinder und jungen Erwachsenen arbeitet nur vorübergehend auf den Kakaoplantagen. Einige kommen sogar nur zur Erntesaison auf die Plantagen, wenn bei Ihnen zu Hause aufgrund der Trockenzeit kaum landwirtschaftliche Aktivitäten stattfinden. Sie versuchen dann, Arbeitsplätze zu finden, bei denen sie als TagelöhnerIn bezahlt werden (Massart 2012: 16).

Über die Anzahl der im Kakaosektor arbeitenden Kinder, die aus anderen Regionen eingewandert sind, sind keine Angaben bekannt. Zwar gibt es Erhebungen darüber, wie viele Kinder insgesamt im Kakaosektor Ghanas in einer Weise arbeiten, die gesetzlichen Bestimmungen und internationalen Abkommen widerspricht, doch die auf Erhebungen basierenden Hochrechnungen lassen keine Rückschlüsse auf spezifische

Daten für Kinder mit Migrationshintergrund zu. Der letzten Erhebung zufolge arbeitet rund 1 Mio. Kinder in Ghanas Kakaoanbau (Tulane University 2015).

Wenn Kinder migrieren, um im Kakaosektor zu arbeiten, bestehen für sie verschiedene Risiken. Am gefährlichsten ist für die jüngsten unter ihnen, die unter 14 Jahre alt sind, häufig die Reise. Sie müssen sich teilweise auf VermittlerInnen verlassen, wenn sie auf Arbeitssuche sind. Bei Problemen kommt es immer wieder vor, dass Kinder von den Plantagen fliehen, etwa, wenn sie ausgebeutet werden oder krank sind. Eine Erhebung im Jahr 2012 fand keine Hinweise darauf, dass Kinder zur Arbeit gezwungen wurden. Viele Kinder sind jedoch der Ansicht, dass sie schlecht bezahlt werden. Etliche bedauern, dass sie migriert sind. Sie



Die Kooperative Kuapa Kokoo informiert Ende September 2017 zu den ethischen Grundlagen der ihrer Arbeit, Foto: Kuapa Kokoo

haben teilweise nur wenig Geld verdient, einige wurden Opfer von Gewalt, und generell hat die Migration ihnen nicht geholfen, um ihre Situation zu verbessern. Andere dagegen sagen, sie seien zufrieden mit ihrer Entscheidung. Insbesondere junge Erwachsene sehen in der Migration eine Chance, sich im Süden des Landes eine neue Existenz aufzubauen (Massart 2012: 17-18). Allerdings zeigen sich in den letzten Jahren auch Verschiebungen, da die Schulbildung einen immer höheren Stellenwert erhält. Ältere Kinder gehen teilweise für die Saisonarbeit in den Süden, um die Schulkosten zu finanzieren. Zwar ist die Schulbildung an sich kostenlos, doch muss für Uniformen, Stifte, Bücher etc. selbst bezahlt werden (Massart 2012: 22). Zugleich versuchen nahezu alle Eltern, ihre Kinder möglichst lange zur Schule zu schicken. Viele haben das Ziel, ihren Kindern durch den Zugang zu Bildung die Möglichkeit zu geben, später Arbeit außerhalb der Landwirtschaft zu finden (Buono 2011: 13, 16).

Hauptmotivation der Migration von Kindern in Ghana ist die Armut. Angesichts äußerst geringer Einkommen ihrer Eltern, Unterernährung und mangelnder Perspektiven, die Situation zu verbessern, suchen sie über die Migration nach einer besseren Zukunft. Da sie jedoch oft nur als TagelöhnerIn arbeiten, sei es im Kakao-sektor oder auch in den Städten, verdienen sie oft sehr wenig. Abzüglich von Reisekosten und Lebensunterhalt ist es schwierig, überhaupt Geld für Rücküberweisungen oder auch Ersparnisse für die Wiederaufnahme der Schule oder den Aufbau einer besseren Existenzgrundlage zu erwirtschaften (Massart 2012: 24-26).

► 3.5 MigrantInnen meiden zunehmend Kakao

Die Kakaoanbaugelände sind heute eher sogar noch stärker auf MigrantInnen angewiesen als früher. Viele der Plantagen sind alt und müssten erneuert werden, was sehr arbeitsintensiv ist. Doch auch viele der Bäuerinnen und Bauern sind mittlerweile so alt, dass sie Hilfe bei der Bearbeitung der Plantagen brauchen. Zugleich wandern immer mehr Jugendliche aus den Kakaoanbaugeländen ab. Angesichts der aufgrund der stark schwankenden Kakaopreisen unsicheren Einkommen suchen sie insbesondere in den Städten nach einer besseren Perspektive zur Bewirtschaftung ihres Lebensunterhalts (Mitchell 2012: 9).

Der Kakaosektor Ghana steht vor großen Problemen, die Produktivität ist mit 400 bis 500 Kilogramm je Hektar sehr niedrig und der größte Teil der Familien auf den Plantagen lebt deutlich unterhalb der Armutsgrenze. Um ihre Situation zu verbessern, müssten die Bäuerin-

nen und Bauern investieren. Dazu gehört die Erneuerung des Baumbestandes auf den Pflanzungen, da viele der Bäume zu alt sind, eine intensivere Pflege der Plantagen und die Diversifizierung des Anbaus hin zu anderen Produkten. All dies ist sehr arbeitsintensiv.



Zucht von produktiveren Kakaobäumen, hier in Indonesien, Foto: The Barry Callebaut Group/Flickr.com

Damit befinden sich die Bäuerinnen und Bauern in einer Falle. Um mehr zu erwirtschaften, müssen sie nicht nur Geld investieren, sondern auch Arbeitskraft. Können sie dies nicht mit Familienmitgliedern abdecken, sind sie auf Angestellte angewiesen. Diese aber, egal ob MigrantInnen oder Beschäftigte aus der Region, verlangen mittlerweile rund fünf US-Dollar pro Tag als Lohn plus Verpflegung (ICI 2016: 2-4; SEO 2017: 66). Dieser Lohnforderung können die meisten der Bäuerinnen und Bauern nicht nachkommen. Verschärft wird die Situation noch dadurch, dass die Verjüngung von Plantagen bedeutet, alte Bäume zu fällen. Diese tragen zwar wenig, bringen aber immerhin noch zumindest geringe Einnahmen. Neugepflanzte Bäume dagegen müssen erst mehrere Jahre alt werden, um nennenswerte Erträge zu erwirtschaften. MitarbeiterInnen von Unternehmen sprechen angesichts der über Jahre sinkenden Einnahmen bei der Erneuerung der Plantagen von einem „Tal des Todes“ (valley of death).

Die Situation wird noch dadurch verschärft, dass der zwischen 2013 und Sommer 2016 relativ stabile Weltmarktpreis für Kakao von etwa 3.000 US-Dollar je Tonne auf 2.000 US-Dollar abgestürzt ist. Es ist nicht abzu-sehen, wann die Preise wieder steigen. Zwar sind die Bäuerinnen und Bauern in Ghana aufgrund des staatlich gelenkten Marktes und einem Rücklagefonds, mit dessen Hilfe der staatlich garantierte Mindestpreis stabil gehalten werden soll, geschützt, doch es ist noch

offen, wie lang die Kakaobehörde dies durchhält. Tendenziell dürfte der Preis, den Bäuerinnen und Bauern für ihren Kakao erhalten, sinken. Selbst wenn der Preis in lokaler Währung gerechnet konstant bleibt, sichten die realen Einnahmen der Bauern zudem durch die hohe Inflation. Der Preisverfall entspricht dem langfristigen Trend. Inflationsbereinigt hat sich der Kakaopreis seit 1960, bei starken zwischenzeitlichen Schwankungen, ungefähr halbiert (ICCO 2016).

Diese Verschlechterung der Einnahmen trägt dazu bei, dass viele der MigrantInnen mittlerweile den Kakaoanbau meiden. Bei Interviews mit Bäuerinnen und Bauern, die Kakao anbauen, war Ende 2016 wiederholt zu hören, es gebe einen akuten Arbeitskräftemangel. MigrantInnen ebenso wie Jugendliche aus den Dörfern gehen lieber in die Städte und an die Küste, wo sie potentiell deutlich mehr verdienen können als auf den Plantagen.³

Die immer knapper werdenden Flächen verringern die Attraktivität des Kakaoanbaus weiter. Dadurch entfällt für viele der MigrantInnen die Perspektive, die Position als TagelöhnerIn oder SaisonarbeiterIn zu verlassen und selber Land zu pachten, zu verwalten oder Wald nutzbar zu machen, um dann ein Teil des Landes zu erhalten (Buono 2011: 12).

³ Äußerungen in Gesprächen von Bäuerinnen und Bauern aus dem ghanaischen Kakaosektor mit dem Autor im Herbst 2016

Gold, Kleinbergbau und Migration

Während Landkonflikte im eigentlichen Kakaoanbau in aller Regel vermieden werden können, entzündeten sich diese derzeit rund um den Abbau von Gold. Zwar gibt es diesen Goldabbau mit einfachsten Mittel und in kleinem Maßstab seit Jahrhunderten, doch durch eine zunehmende Mechanisierung werden die Zerstörungen, die die SchürferInnen anrichten, immer größer. Verschärfend hinzu kam in den letzten Jahren das Auftreten einer großen Zahl von Chinesen, die entweder selbst als Goldschürfer auftreten oder aber in modernere Ausrüstungen wie Bagger und Pumpen investierten und damit lokale Schürfer ausrüsten (Mitchell 2012: 15). Kakaobauern mussten tausendfach erleben, dass sie ihrer Meinung nach kleine Landflächen entlang von Flüssen an Schürfer verpachteten, doch bereits wenige Tage darauf große Flächen der Plantagen zerstört waren.

Trotz aller Probleme rund um den Goldabbau zieht es immer wieder Kinder und Jugendliche in den Bergbau. Bei ihnen hat sich herumgesprochen, dass die Arbeit auf Kakaoplantagen oder in den Städten nur geringe Einkünfte bringt. Im Goldbergbau gibt es trotz aller Risiken die Hoffnung, an einem großen Fund beteiligt zu sein und so höhere Einkommen zu erwirtschaften. Die Arbeit ist allerdings hart und gefährlich, immer wieder kommt es zu Unfällen durch Tunneleinbrüche, Erdbeben oder Fels-schlag. Darüber hinaus wird zum Extrahieren des Goldes aus der ausgewaschenen Erde Quecksilber benutzt was zu extremen Gesundheitsschäden führen kann (Massart 2012: 31).



Minenarbeiter in moderner Goldmine in etwa 330 m Tiefe, Obuasi/Ghana, Foto: Jonathan Ernst/World Bank/Flickr.com

4 Ausblick

Die geschilderten Entwicklungen in der Demokratischen Republik Kongo und in Ghana sind nur Facetten der sehr vielfältigen Realität, die sich hinter dem pauschalierenden Wort „Migration“ verbergen. Für beide Länder können diese Schilderungen nur einen kleinen Auszug der vielfältigen Motivationen und Hintergründe von Migration sein. Dementsprechend wäre es nicht zielführend, pauschalierende Vorschläge zu machen, wie Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Nichtregierungsorganisationen agieren könnten, um die Situation von MigrantInnen zu beeinflussen. Im folgenden werden daher lediglich einige Hinweise dazu gegeben, wie auf die geschilderten Facetten der Ursachen der Migration reagiert werden könnte.

In der Demokratischen Republik Kongo liegt auf der Hand, dass grundlegende politische Reformen die Voraussetzung für eine dauerhafte Verbesserung der Situation der Menschen sind. Der größte Teil von ihnen will nicht migrieren, und es müssen die Ursachen, die sie zur Migration zwingen, abgestellt werden. Um dies zu erreichen, muss die verzweifelte Lebenssituation der Menschen im Kongo viel stärker auf die Agenda der deutschen wie auch der internationalen Politik gesetzt werden. Es darf nicht weiterhin geduldet werden, dass Staatspräsident Kabila, ähnlich wie sein Vorgänger Mobutu, ein Land bewusst in Chaos, bewaffnete Auseinandersetzungen und immer neue Flüchtlingsströme steuert, nur um seine Macht zu erhalten. Die Forderung vieler Nichtregierungsorganisationen, die Unterstützung für Kabila einzustellen und seine Konten sowie die seiner engsten Unterstützer einzufrieren, könnten Bausteine für eine Erhöhung des Drucks hin zu politischen Reformen sein. Um die konkrete Situation der Flüchtlinge zu verbessern, müssten den Hilfswerken der Vereinten Nationen und den Hilfsorganisationen weit höhere finanzielle Mittel an die Hand gegeben werden. Weitere Bausteine einer Befriedung des Kongo könnten diplomatischer Druck auf Nachbarländer, die regional Konflikte teilweise eher anheizen als beruhigen, die Unterbindung von Waffenlieferungen und eine Stärkung der Friedenstruppen der Vereinten Nationen sein.

In Ghana stellen sich dagegen ganz andere Herausforderungen. Migration innerhalb der Landesgrenzen findet dort zu einem erheblichen Teil statt, da die Menschen eine wirtschaftliche Perspektive relativ nahe der eigentlichen Heimat suchen. Eine kluge Agrarpolitik sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen außerhalb des Agrarsektors könnte im trockenen Norden dafür sorgen, dass wesentlich weniger Menschen ihre Region verlassen müssen. Für die, die sich auf den Weg machen und in den Kakaosektor gehen, ist der Verfall des Kakaopreises derzeit die größte Bedrohung für ihre Existenz. Noch federt die ghanaische Kakaobehörde den Preisverfall ab, indem der an die Bäuerinnen und Bauern ausgezahlte Preis künstlich hoch gehalten wird. Dies wird aber nur so lange funktionieren, wie Unterstützungsfonds, die eigens für diesen Zweck angelegt wurden, ausreichen. Mittel und langfristig sind stabile Kakaopreise erforderlich, die sowohl den Bäuerinnen und Bauern als auch den für sie arbeitenden MigrantInnen ein existenzsicherndes Einkommen garantieren. Dafür wiederum sind sowohl die Regierungen der Kakaoanbauenden und der kakaokonsumierenden Länder verantwortlich, als auch die relativ überschaubare Zahl multinationaler Unternehmen, die den Handel und die Verarbeitung von Kakao kontrollieren - und insbesondere mit der Produktion von Schokolade gutes Geld verdienen.



Zwei Herausforderungen für mehr wirtschaftliche Perspektiven in Ghana: Eine kluge, zukunftsorientierte Agrarpolitik und stabilere Kakaopreise, Foto: Nafisa Ferdous/CCAFA, Nestlé/Flickr.com



Zwei zentrale Bausteine für die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Demokratischen Republik Kongo: die Unterbindung von Waffenlieferungen und eine Stärkung der Verhandlungsposition internationaler VermittlerInnen, Foto: UN-MAS Lorène Giorgis/ MONUSCO Bilamekaso Tchagbele

5 Literatur

- Adaawen Stephen A. / Owusu, Boabang 2013: North-South Migration and Remittances in Ghana, in: *African Review of Economics and Finance*, Vol. 5, No.1, December 2013, S. 29-45.
- Bertaux, Prof. Pierre 1993: *Fischer Weltgeschichte: Afrika – Von der Vorgeschichte bis zu den Staaten der Gegenwart*, Frankfurt am Main 1993.
- Böhm, Andrea 2011: *Gott und die Krokodile. Eine Reise durch den Kongo*. München, 2011.
- Buchholz, Martin 2003: „Der Mörder meiner Mutter ist kalt, eiskalt“, in: *DIE ZEIT* Nr. 13, Seite 15-18.
- Buono, Clarisse, 2011: Daily life, social norms and child labour in the cocoa-producing communities; Socio-ethnological research carried out in Ghana, International Cocoa Initiative. http://www.cocoainitiative.org/wp-content/uploads/2016/07/Daily_life_social_norms_and_child_labour_in_the_cocoa-producing_communities_in_Ghana_-_English_short_version.pdf
- Cooke, Edgar / Hague, Sarah / McKay, Andy 2016: *The Ghana Poverty and Inequality Report: Using the 6th Ghana Living Standards Survey*.
- Crisis Group 2016: Katanga: Tensions in DRC's Mineral Heartland. Africa Report N°239, 3 August 2016.
- Des Forges, Alison 2002: *Kein Zeuge darf überleben – Der Genozid in Ruanda*, Hamburg 2002.
- EURAC 2014: European draft Regulation on responsible mineral sourcing. What lessons can be learned from the Democratic Republic of Congo? October 2014.
- Fobelets, Vincent / de Groot, Ruiz 2016: *The True Price of Cocoa from Ivory Coast*. Joint report by IDH and True Price. <http://trueprice.org/wp-content/uploads/2016/03/TP-Cocoa.pdf>
- Fountain, Antonie / Hütz-Adams, Friedel 2015: *Kakao-Barometer 2015*. https://www.suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2015/2015-16%20KakaoBarometer%202015_Deutsch.pdf
- Ghana Statistical Service 2015: *Ghana Poverty Mapping Report 2015*.
- Hochschild, Adam 2002: *Schatten über dem Kongo*, Hamburg 2002.
- Hoebeker, Hans 2017: Der nächste Krisenherd, in: *WELT-SICHTEN 10-2017*, S. 28-31.
- Hütz-Adams, Friedel 2010: *Menschenrechte im Anbau von Kakao. Eine Bestandsaufnahme der Initiativen der Kakao- und Schokoladenindustrie*, INEF Forschungsreihe Menschenrechte, Unternehmensverantwortung und Nachhaltige Entwicklung 08/2010, Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen. http://humanrights-business.org/files/menschenrechte_im_anbau_von_kakao_huetz-adams.pdf
- Hütz-Adams, Friedel / Huber, Claudia / Knoke, Irene / Morazán, Pedro / Mürlebach, Mara (2016): *Strengthening the competitiveness of cocoa production and improving the income of cocoa producers in West and Central Africa*. <https://www.suedwind-institut.de/files/Suedwind/Publikationen/2017/2017-06%20Strengthening%20the%20competitiveness%20of%20cocoa%20production%20and%20improving%20the%20income%20of%20cocoa%20producers%20in%20West%20and%20Central%20Africa.pdf>
- ICCO (International Cocoa Organization) 2016: *ICCO Daily Prices*, e-mail from Laurent Pipitone, Director of the Economics and Statistics Division, 21.07.2016.
- ICCO 2017: *Quarterly Bulletin of Cocoa Statistics, Volume XLIII No. 3, Cocoa Year 2016/17*, London.
- ICI (International Cocoa Initiative) 2016: *Researching the Impact of Increased Cocoa Yields on Labour Market and Child Labour Risk in Ghana and Cote d'Ivoire - Policy Brief*.
- Indongo-Imbanda, Iseewanga 2002: *Die Geschichte der Demokratischen Republik Kongo* (<http://www.kongo-kinshasa.de>).
- Inikori, Joseph E. 2001: *Sklavenhandel*, in: *Das Afrika Lexikon*, S. 556-559, Stuttgart 2001.
- IDMC (Internal Displacement Monitoring Center) 2017: *Global Report on Internal Displacement*, May 2017. <http://internal-displacement.org/global-report/grid2017/pdfs/2017-GRID.pdf>
- Johnson, Dominic 2008: *Kongo: Kriege, Korruption und die Kunst des Überlebens*.
- Kapoor, Aarti 2016: *Children at the Heart. Assessment of child labour and child slavery in Ghana's cocoa sector and recommendations to Mondelez International*. https://www.cocoalife.org/~media/CocoaLife/en/download/article/FULL_REPORT_Ghana_Mondelez_Embode_ChildrenattheHeart.pdf
- Ki-Zerbo, Joseph 1993: *Die Geschichte Schwarz-Afrikas*, Frankfurt am Main 1993.
- Kibangula, Trésor 2017: *Kabila trickst, die Bürger murren*, in: *WELT-SICHTEN 10-2017*, S. 12-17
- Knudsen, Michael Helt / Agergaard, Jytte 2015: *Ghana's cocoa frontier in transition: the role of migration and livelihood diversification*, *Geografiska Annaler: Series B, Human Geography* 97 (4): 325-342.

- Kolavalli, Shashi / Vigneri, Marcella / Gockowski, James 2016: The Cocoa Coast: the Board Managed Cocoa Sector in Ghana, Draft, May 2016.
- Körner, Peter 1993: Zaire, in: Dieter Nohlen / Franz Nuscheler (Hrsg.) Handbuch der Dritten Welt, Band 4 – Westafrika und Zentralafrika, 3. überarbeitete Auflage 1993, S. 503-522.
- Körner, Peter 1997: Das rasche Ende eines Diktators – Externe Faktoren für den Machtverlust Mobututs, in: afrika süd 4'97, S. 8-10.
- Krupa, Matthias / Lobenstein, Caterina 2015: Ein Mann pflückt gegen Europa. Wie Tomaten aus der EU afrikanische Bauern zu Flüchtlingen machen. <http://www.zeit.de/2015/51/afrika-eu-handelspolitik-subventionen-armut-flucht/komplettansicht>
- Kwankye, Stephen O. 2012: Independent North–South Child Migration as a Parental Investment in Northern Ghana, in: Population, Space and Place 18, 535–550.
- Massart, Guy 2012: A Study of Child Mobility and Migrant Flows to the Cocoa-Producing Communities in Ghana. http://www.cocoainitiative.org/images/stories/pdf/ici_reports/A_Study_of_Child_Mobility_and_Migrant_Flows_to_the_Cocoa-Producing_Communities_in_Ghana.pdf
- Mitchell, Matthew I. 2012: The Political Economy of Migration and Conflict in Ghana's Cocoa Regions: enduring peace or deepening cleavages? Paper Presented at the Canadian Political Science Association Annual Meeting, Edmonton, AB, 12-15 June, 2012.
- Morgenrath, Birgit 2001: Lumumba: Ein internationales Komplott, in: afrika süd 1'01, S. 23-24.
- OCHA 2017: Democratic Republic of Congo: Internally Displaced Persons and Returnees (as of 30 September 2017). https://www.humanitarianresponse.info/system/files/documents/files/idp_fact-sheet_as_of_30_september_2017_en20102017.pdf
- Rademacher-Schulz, Christina / Schraven, Benjamin / Mahama, Edward Salifu 2014: Time matters: shifting seasonal migration in Northern Ghana in response to rainfall variability and food insecurity, in: Climate and Development 2016, Vol. 6, No 1, S. 46-52.
- Roth, Kenneth / Sawyer, Ida 2017: The Jig Is Up for Congo's Embattled President, Published in Foreign Policy. September 19, 2017. <https://www.hrw.org/news/2017/09/19/jig-congos-embattled-president>
- Ryan, Órla 2011: Chocolate Nations. Living and Dying for Cocoa in West Africa.
- SEO (Amsterdam Economics) 2017: Market Concentration and Price Formation in the Global Cocoa Value Chain. http://www.seo.nl/uploads/media/2016-79_Market_Concentration_and_Price_Formation_in_the_Global_Cocoa_Value_Chain.pdf (Zugriff 11.08.2017).
- Solhjell, Randi / Rosland, Madel 2017: Stabilisation in the Congo: Opportunities and Challenges. Stability: International Journal of Security & Development, 6(1): 2, pp. 1–13. <https://doi.org/10.5334/sta.478>
- SÜDWIND 2003: Kongo: Handys, Gold & Diamanten. Kriegsfinanzierung im Zeitalter der Globalisierung. SÜDWIND Edition Strukturelle Gewalt in den Nord-Süd-Beziehungen.
- Tdh et al. (Terre des hommes Foundation, PLAN WARO, ENDA Jeunesse Action, AMWCY, ILO, IOM, Aide à l'Enfance – Suède, UNICEF WCARO) 2012: Which protection for children involved in mobility in West Africa. Our positions and recommendations.
- Tulane University 2015: 2013/14 Survey Research On Child Labor In West Africa In Cocoa Growing Areas, 30 July 2015. http://www.childlaborcocoa.org/images/Payson_Reports/Tulane%20University%20-%20Survey%20Research%20on%20Child%20Labor%20in%20the%20Cocoa%20Sector%20-%2030%20July%202015.pdf.
- Tull, Denis M. 2015: Die DR Kongo auf dem Weg zum Wahlmarathon. Voraussetzungen, Risiken und die Rolle der internationalen Gemeinschaft.
- Tull, Denis M. 2017: The Limits and Unintended Consequences of UN Peace Enforcement: The Force Intervention Brigade in the DR Congo, International Peacekeeping. <http://dx.doi.org/10.1080/13533312.2017.1360139>
- UN (United Nations) 2017: Final report of the Group of Experts on the Democratic Republic of the Congo, 10 August 2017, S/2017/672.
- UNDP (United Nations Development Programme) 2016: Human Development Report 2016. Human Development for Everyone. http://hdr.undp.org/sites/default/files/2016_human_development_report.pdf
- UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) 2017: DR Congo Factsheet, 31 July 2017. <http://www.unhcr.org/protection/operations/524d82059/democratic-republic-congo-fact-sheet.html>
- van der Geest, Kees 2011: North-South Migration in Ghana: What Role for the Environment?, In International Migration, Volume 49, Issue s1, June 2011, S. 69–94.
- WFP 2017: Emergency Dashboard Democratic Republic of Congo, April 2017. <http://documents.wfp.org/stellent/groups/public/documents/ep/wfp291745.pdf>
- Wrong, Michela 2002: Auf den Spuren von Mr. Kurtz – Mobutus Aufstieg und Kongos Fall, Berlin 2002.

Bitte schicken Sie mir:

- ☐ Publikation (Titel eintragen)
-
- ☐ Exemplare des SÜDWIND-Faltblatts (Anzahl): -----
- ☐ Informationen zur Stiftung SÜDWIND
- ☐ Einen aktuellen Jahresbericht
- ☐ Eine Publikationsliste
- ☐ Bitte setzen Sie mich auf den Verteiler für den Newsletter und weitere Informationen.

Meine E-Mail-Adresse:

Schicken Sie das Material an folgende Adresse:

Name, Vorname -----

Ggf. Institution -----

Straße, Haus-Nr. -----

PLZ, Ort -----

Datum, Unterschrift -----

Bitte hier abtrennen und an SÜDWIND senden oder faxen.

Mitmachen!

Wir leben von der Unterstützung unserer Mitglieder und FördererInnen. Setzen Sie sich mit SÜDWIND für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Wir möchten unabhängig bleiben, auch unbequeme Fragen stellen und nicht nur einfache Antworten geben. Bitte helfen Sie uns dabei.

Über unsere Veröffentlichungen erhalten Sie Anregungen dazu, was Sie selbst im alltäglichen Leben tun können, um sich gegen Armut und Ungleichheit einzusetzen. Wir bieten einen Einblick in aktuelle Forschungsergebnisse und berichten über die Arbeit von SÜDWIND mit zusätzlichen Hintergrundinformationen. Mit Hilfe unserer Stiftung SÜDWIND wird die Arbeit von SÜDWIND aus den Zinserträgen des Stiftungsvermögens gefördert. Die Stiftung legt ihr Geld nach strengen ethischen und ökologischen Kriterien an.

Unsere Mitglieder und Förderer haben die Möglichkeit, die Arbeit von SÜDWIND mit zu gestalten. So tragen wir Themen und Forderungen im Namen unserer Mitglieder in Netzwerke, Gesellschaft und Politik.

Machen Sie mit!

☐ Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name -----

E-Mail -----

☐ Lastschriftinzug ☐ Überweisung ☐ Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

☐ vierteljährlich ☐ halbjährlich ☐ jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

☐ 70 ☐ 100 ☐ 140 ☐ 210 ----- anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

☐ 250 ☐ 500 ----- anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Fördermitglieder jährlich 25 €.

☐ ----- anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum ----- Unterschrift(en) -----

WC 13048

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

**Gläubiger-Identifikationsnummer
(CI/Creditor Identifier)**
DE27ZZZ0000003336

Mandatsreferenz
wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name) -----

Straße, Hausnummer -----

PLZ, Ort -----

Kreditinstitut ----- BIC -----

IBAN -----

Ort, Datum ----- Unterschrift(en) -----

SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODED1DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

Nicht jedeR will nach Europa

Motivationen für Flucht und Migration aus der Demokratischen Republik Kongo und Ghana.

In Diskussionen um Flucht und Migration steht häufig die Frage im Mittelpunkt, wie viele Menschen sich grenzüberschreitend bewegen und insbesondere, wie viele von diesen Menschen nach Europa kommen oder kommen wollen. Der größte Teil der Migrationsbewegung findet jedoch auf regionaler Ebene und häufig sogar innerhalb bestehender Grenzen statt. Die vorliegende Untersuchung zur Flucht und Migration konzentriert sich daher auf die Gruppe von Menschen, die innerhalb von Landesgrenzen migrieren.

In der Demokratischen Republik sind kriegerische Auseinandersetzungen die Hautantriebskraft für Migration innerhalb der Landesgrenzen. Die ohnehin schon hohe Zahl der MigrantInnen ist seit Herbst 2016 nahezu unbemerkt von der Weltöffentlichkeit noch um rund 1,4 Mio. Menschen gewachsen, da in der zuvor weitgehenden friedlichen Kasai-Region Kämpfe ausgebrochen sind.

In Ghana verlassen Menschen den trockenen, ärmeren Norden, um in den Süden des Landes zu gehen und dort Arbeit zu suchen. Eine Hauptmotivation für Migration

in Ghana ist seit mehr als 100 Jahren der Ausbau der Kakaoproduktion. Diese wurde von der Kolonialmacht England eingeführt und bildet bis heute einen wichtigen Wirtschaftszweig, der Hunderttausende MigrantInnen angelockt hat, die ein dauerhaftes Auskommen suchen.

Auf diese beiden Aspekte, Flucht vor kriegerischen Auseinandersetzungen in der Demokratischen Republik Kongo und Migrationsbewegungen in den Kakaosektor Ghanas, konzentriert sich die vorliegende Studie. Die Untersuchung zeigt, wie unterschiedlich die Ausprägungen der Migration sein können - und wie unterschiedlich potentielle Lösungsansätze.

Bezug:
SÜDWIND e.V.

Preis: 5,00 Euro

Ab 10 Exemplaren: 3,00 Euro
(zuzüglich Versandkosten)



SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201
53113 Bonn

Tel.: +49 (0) 228-76 36 98-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

IBAN DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC GENODE33DKD
Umsatzsteuer: DE169920897

